

Posener Zeitung.

Siebenundsechzigster Jahrgang.

Nr. 445.

Dienstag, 30. Juni.
(Erscheint täglich drei Mal.)

1874.

Ein Abonnement auf diese Zeitung kostet
jedermann Platz beträgt höchstens für das Jahr
10 Thlr. für ganz Preußen 1 Thlr. Das Jahr
umfassungen nehmen alle Postämter des Landes
Reichs an.

Inserate & Co. die sich gesetzte Reihe aber deren
Name, Reklame verhältnismäßig höher, als an der
Expedition zu richten und werden für die am folgenden
Tag Morgen & ihre erscheinende Nummer bis zu
Reichstag angenommen.

Unserer mit Ausnahme des Sonntags dreimal täglich erscheinenden Zeitung wird von jetzt ab unter dem Titel

Familienblätter

ein feuilletonistisches Sonntagsblatt gratis beigegeben und damit besonders Familientümern eine angenehme Sonntagslektüre geboten werden.

Der Abonnements-Preis beträgt unverändert für hiesige Leser 1 Thlr. 15 Sgr., für auswärtige 1 Thlr. 24½ Sgr. inkl. Postaufschlag.

Zur Bequemlichkeit des hiesigen gebrachten Publikums werden außer der Zeitungs-Expedition, auch die Herren Kaufleute

Jacob Appel, Wilhelmstraße Nr. 9.
A. Glassen vormals E. Malade, Friedrich- und
Lindenstr.-Ecke 19.
M. Gräber, Berliner- und Mühlenstrasse-Ecke.
H. Knäpper, Ecke der Schützenstraße.
E. Maiwald, Bäckermeister, St. Adalbert 3.

M. Kantorowicz, Schuhmacherstraße 1.
Victor Giernat, Markt Nr. 46.
Krug & Fabricius, Breslauerstraße Nr. 11.
Adolph Lutz, Gr. Ritterstr. Nr. 10.
F. Mitschein, Breitestr. Nr. 14.
Eduard Stiller, Sackgasse Nr. 6.
H. Hummel, Breslauerstraße.

J. N. Leitgeber, Gr. Gerberstraße Nr. 16.
H. Michaelis, Al. Gerberstr. Nr. 11.
H. Berné, Wallischei Nr. 93.
Jacob Schlesinger, Wallischei Nr. 73.
F. W. Plagwitz, Schützenstr. 23.
Amalie Wuttke Wasserstr. 8/9.
David Kantorowicz, Schröder.

M. C. Hoffmann, Alten Markt u. Neustr. - Ecke.
R. Fischer, Friedrichstr. 36/37 vis à vis der Post.
Wittme E. Brecht, Bronnerstr. Nr. 13.
Oswald Schäpe, St. Martin Nr. 23.
Ed. Federl jun., Berliner- u. Mühlenstr.-Ecke 18b.
Kodržanský, Wallischei 86.

Pränumerationen auf unsere Zeitung pro III. Quartal 1874 annehmen, und wie wir, die Zeitung Morgen 7 Uhr, Vormittag 11½ Uhr, am Nachmittage um 6 Uhr ausgeben.
Posen, im Juni 1874.

Gleichzeitig erlauben wir uns, das auswärtige Publikum darauf aufmerksam zu machen, daß nach einer Bestimmung des General-Post-Amts die Erneuerung des Abonnements schon 2 Tage vor dem Beginn des neuen Quartals geschehen muß, um eine vollständige Lieferung aller Nummern sicher zu stellen. Bei verspäteter Bestellung werden die bereits erschienenen Nummern von der Post nur bei ausdrücklichem Verlangen und gegen besondere Portovergütung nachgeliefert.

Die Spezialtarife der Eisenbahnen.

z Berlin, 28. Juni. Rücksicht läßt sich dem seit 9 Monaten bestehenden Reichseisenbahnamt nicht absprechen. Ein neues Betriebsreglement, ein neues Bahnpolizeireglement ist geschaffen, eine Signalordnung im Entstehen begriffen. Auf Grund einer sehr umfangreichen Enquête ist die Frage der Tarif erhöhung entschieden worden. Auf den Vorschlag des Reichseisenbahnamtes hat sodann am 11. Juni der Bundesrat beschlossen, spätestens mit dem 1. Januar f. J. das von der Mehrheit der Eisenbahnverwaltungen auf der braunschweiger Konferenz im März d. J. empfohlene, annähernd auf den bayerischen Bahnen bereits eingeführte Tarifsystem zur Durchführung zu bringen. Danach steht schon heute fest, daß für alle Stückgüter fünftig nur zwei Tariffklassen auf jeder Bahn für dieselbe Entfernung bestehen dürfen. (Eigentliche und gewöhnliche Güter). Ebenmäßig sieht fest, daß für alle Güter bei Aufgabe von 100 Ctr. durch einen Frachtkreis ein Rabatt von mindestens 33½ Prozent und bei Aufgabe von 200 Ctr. von mindestens 50 Prozent zu gewähren ist. Bisher wurde nicht bei allen Gütern ein solcher Rabatt gewährt, insbesondere auch nicht überall der höhere Rabatt bei Aufgabe von 200 Ctr. Es liegt auf der Hand, daß dadurch für das größere Publikum Alles erreicht ist, was sich ohne Verleugnung der wirtschaftlichen Naturgesetze von einer Reform des Tarifsystems verlangen läßt. Das darüber hinaus dieselben Güter auf allen Bahnen auch zu gleichen Preisen befördert werden, würde den verschiedenen Anlagen- und Betriebskosten und den verschiedenen Betriebsverhältnissen der einzelnen Bahnen widersprechen. Mit demselben Recht könnte man in ganz Deutschland gleich Brod-, Fleisch- oder Kohlenpreise verlangen. In gleicher Weise werden auch auf derselben Bahn für verschiedene Strecken durch die Konkurrenz- und Absatzverhältnisse verschiedene Preise bedingt (Differentialtarife).

Während soweit das neue Tarifsystem feststeht, sind nach zwei Richtungen hin noch weitere Vereinbarungen und Festlegungen vorbehalten. Zur Vorbereitung dessen treten hier selbst am 21. Juli auf dem Reichseisenbahnamt Delegirte des Handelsstandes und am 31. Juli Delegirte der Privat- und Staatsseisenbahnverwaltungen zusammen. Die erste Vorlage für diese Delegirten umfaßt nähere Tarifvorrichtungen über die Behandlung der sog. sperrigen Güter der Gegenstände, zu deren Verladung besondere Wagen notwendig sind oder deren Beförderung die Einstellung von Schutzwagen erfordert, die Beförderung von Umgangsgütern, von Thieren, Fahrzeugen, Leichen, die Bedeckung der Güter u. dgl., fur zum Gegenstände, bei deren Regelung mehr die besondere Eisenbahntechnik als allgemein volkswirtschaftliche Gesichtspunkte maßgebend sein müssen. Wichtiger aber ist die zweite den Delegirten gestellte Aufgabe, die Bildung der verschiedenen Wagenladungsklassen d. h. der Tariffklassen für Güter, die in Partien von mindestens 100 Ctr. aufgegeben werden. Auf die Wagenladungsklassen entfallen schon jetzt mehr als vier Fünftel des gesamten Gütertransports der Eisenbahnen; die Bildung dieser Tariffklassen ist daher entscheidend für die Rentabilität der Eisenbahnen in Bezug auf den Güterverkehr. Während der Stückgutverkehr der Bahnen mehr Ähnlichkeit mit dem Postverkehr hat und vielfach nur persönliche Beziehungen von Ort zu Ort vermittelten, sind die Tarifzüge für den Massentransport von entscheidender Bedeutung für die gesamten Produktions- und Konsumitionsverhältnisse. Bei diesen Tarifen kommt es weniger auf Einfachheit an, da hier nicht das größere Publikum unmittelbar interessiert ist, sondern zunächst einzelne Gattungen von Produzenten und Kaufleuten, welche ohnehin die verschiedensten Preismomente bei ihren Kalkulationen in Betracht zu ziehen haben. Statt der Einfachheit muß die Verschiedenheit der Produktions- und Konsumitionsbedingungen der einzelnen Artikel in den einzelnen Gegenständen entscheidend sein. Eine Versendung von Kohlen ist vielleicht auf derselben Strecke für denselben Tarif nicht mehr möglich, der für Ziegel noch eine Erhöhung vertragen könnte. Umgekehrt lassen sich unter Umständen Pflastersteine nicht einmal zum Kohlentarif befördern. Gleichwohl kann eine Bahn auch noch an Pflastersteinen einen Gewinn machen, wenn andere Artikel ihm desto mehr einbringen. Eine

Eisenbahn muß hierbei rechnen wieder Kaufmann. Eine solche Behandlung ist in Wirklichkeit das „natürliche“ System.

Alle Artikel nach den Selbstkosten mit einem gleichmäßigen Aufschlag zu tarifieren, hält nicht einmal der Krämer für natürlich. Das Reichseisenbahnamt freilich erachtet das elssässische Tarifsystem für das natürliche, obwohl auch dieses nicht ohne Ansehen der Güter befördert sondern für gewisse Massenartikel, welche der Bahn nicht weniger Mühe machen als Normalgüter, auch einen Spezialtarif erfordert hat. An Stelle der bisher im sog. Tarifverbande getretenen 7 Tariffklassen für Wagenladungen will die braunschweiger Konferenz 5 Klassen (1 Normalklasse und 4 Spezialtarife) einführen. Indes hat unter den Bahnverwaltungen darüber eine Verständigung noch nicht stattgefunden, welche Artikel in die einzelnen Spezialtarife einzufügen sind. Ob die bevorstehende Delegirtenkonferenz eine Einigung erzielen wird, erscheint nicht so ausgemacht. Je weniger Artikel man die Wohlthat des Spezialtarifs zu Theil werden lassen will, desto leichter freilich ist die Verständigung. Desto mehr aber volkseicht sich denn auch die Einheit auf Kosten der Billigkeit der Tarife. Gestattet man dagegen jeder einzelnen Bahn nach Maßgabe ihrer besonderen Verhältnisse zu spezialisieren, so werden mit der Zeit mehr und mehr Artikel aus der Normalklasse herausgenommen und in Spezialtarif verwiesen werden. Je weniger Artikel eine Tarifherabsetzung zunächst zu umfassen braucht, desto eher entsticht man sich zu einer solchen Ermäßigung.

r. Der Stadtverordneten-Versammlung ist seitens des Magistrats folgender Entwurf einer Gemeinde-Einkommensteuer-Ordnung für den Stadtbezirk Posen (vom 20. Juni 1874) zugegangen, welche gleichzeitig mit der Einführung der Klassensteuer ins Leben treten soll:

Die auf Grund des § 53 der Städteordnung vom 30. Mai 1853 in der Stadt Posen bestehende Gemeinde-Einkommensteuer wird in Nebeneinstimmung mit der Stadtverordneten-Versammlung nach folgenden Vorschriften erhoben:

§ 1. Der Einkommensteuer unterliegen alle Personen, welche ein selbstständiges Einkommen beziehen, insbesondere: a) alle diejenigen, welche in dem Stadtbezirk nach den Bestimmungen der Gesetze ihren Wohnsitz haben, (§ 3 der Städteordnung vom 30. Mai 1853), b) alle diejenigen, welche seit drei Monaten sich in dem Stadtbezirk aufhalten (§ 8 des Bundesgesetzes über die Freizüglichkeit vom 1. November 1867), c) alle diejenigen juristischen wie physischen Personen, (Ausländer wie Inländer) sowie gewerbreihende Gesellschaften, welche ohne im Bezirk zu wohnen, hier Grundbesitz haben, ein stehendes Gewerbe betreiben, oder Theilhaber eines solchen oder eines hiesigen Handelsgeschäftes sind, jedoch nur von demjenigen Einkommen, welches ihnen aus diesen Quellen zufließt. (§ 4 alinea 3 der Städteordnung vom 30. Mai 1853).

§ 2. Befreit von der Gemeinde-Einkommensteuer sind: a) die im § 2 des Gesetzes vom 24. Februar 1850 bezeichneten ertragunfähigen oder zu einem öffentlichen Dienst oder Gebrauch bestimmten Grundstücke nach Maßgabe der Kabinettordnung vom 8. Juni 1834, ferner die Dienstgrundstücke der Geistlichen, Kirchendiener und Elementar-Schullehrer hinsichtlich ihres Diensteinkommens insoweit, als ihnen die Befreiung von direkten persönlichen Gemeindeabgaben zur Zeit der Bekündigung der Gemeindeordnung vom 11. März 1850 zustand; c) Einwohner, welche aus der Armenfasse unterstützt und erhalten werden, sowie auch diejenigen, welche ertragunfähig sind und nur von Privatwohlthätigkeit und minder Stiftungen leben; d) alle diejenigen Personen, deren Jahreseinkommen den Betrag von 140 Thlr. nicht erreicht jedoch nur so lange, als durch Gemeindebeihilfe im Sinne des § 9 a des Gesetzes vom 25. Mai 1873 die Heranziehung derselben zu den Gemeindelasten nicht erfolgt; e) die servizberechtigten Militärpersonen des aktiven Dienststandes insoweit sie nicht aus etwaigen, im Gemeindebezirk gelegenen Grundbesitz oder aus einem darin betriebenen stehenden Gewerbe und die Militärärzte aus der Zivilpraxis ein besonderes Einkommen beziehen (§ 3 u. 4 der Städte-Ordnung); f) die zur Disposition gestellten Offiziere hinsichtlich ihres Gehalts und der sonstigen dienstlichen Bezüge (Ministerial-Erlaß vom 30. November 1855) g) Diejenigen Einwohner des Stadtbezirks, welche einen Theil ihres Einkommens aus außerhalb gelegenen Gewerbebetrieben beziehen, hinsichtlich dieses Theiles ihres Einkommens.

§ 3. Wegen der Besteuerung des Diensteinkommens der mittelbaren und unmittelbaren Staatsbeamten und Pensionaire, sowie der Pensionen der Witwen und der Erziehungsgelder für Waisen ehemaliger Staatsdiener kommen die Vorschriften des Gesetzes vom 11. Juli

1822, (G.-S. S. 184) der Allerhöchsten Kabinetts-Ordre vom 14. Mai 1832, (G.-S. S. 145) und der Deklaration vom 21. Januar 1829 (G.-S. S. 9) sowie die Vorschriften des Ministerial-Erlaßes vom 2. Juni 1856 (Ministerial-Blatt Seite 167) zur Anwendung.

§ 4. Die Steuerpflicht beginnt: 1) für Diejenigen, welche in dem Gemeindebezirk ihren Wohnsitz haben, (§ 1a) mit dem ersten Hebungstermin, mit welchem sie zu einem steuerpflichtigen jährlichen Einkommen gelangen; 2) für Neuankommende oder solche Personen, welche ohne einen Wohnsitz im rechtlichen Sinne zu begründen, sich nur hier aufzuhalten, (§ 1b) mit dem nach Ablauf des dritten Monats ihres heutigen Aufenthalts eintretenden ersten Hebungstermin, jedoch mit der Maßgabe, daß sie auch für die abgelaufenen 3 Monate die Steuer nachzuentrichten haben; 3a) bei den juristischen Personen, b) bei den servizberechtigten Militärpersonen des aktiven Dienststandes, sowie auch c) bei sonstigen Personen, welche hier keinen Wohnsitz haben, aber im Gemeindebezirk Grundbesitz besitzen oder ein stehendes Gewerbe beginnen oder Theilhaber eines solchen eines bestätigten Handelsgeschäfts sind, mit dem ersten Hebungstermin nach Einführung des Steuerpflichtigen begründenden Verhältnisses. Als Hebungstermin gilt der erste Tag eines jeden Quartals.

§ 5. Die Steuerpflicht erlischt 1) durch den Tod des zur Steuer Veranlagten mit dem Eintritt des auf den Tod folgenden Hebungstermins; 2) durch das Aufgeben des Wohnsitzes oder Aufenthalts in der Gemeinde mit dem Eintritt des darauf folgenden Hebungstermins; 3) durch die Veräußerung der Grundstücke und durch das Aufgeben des stehenden Gewerbebetriebes oder der Theilhaberschaft an solchem, oder an einem hiesigen Handelsgeschäft von lediglich aus diesen Einkommensquellen, mit dem Eintritt des nächsten Hebungstermins nach der Veräußerung des Grundstücks oder nach dem Aufgeben des Gewerbes oder der Theilhaberschaft (§ 4, § 1 a-c.)

§ 6. 1) Die Gemeinde-Einkommensteuer wird durch Zuschlag zur Klassen- und Klassifizierten Einkommensteuer, (Gesetz vom 1. Mai 1851 und 25. Mai 1873) erhoben; 2) Die Veranlagungs-Sätze für diejenigen Steuerpflichtigen, deren Einkommen vollständig zur Besteuerung heranzuziehen ist, werden auf der Staatsteuerrolle unmittelbar übernommen. In Betreff derjenigen, die auf Befreiung eines Theiles ihres Einkommens von der Besteuerung Anspruch haben, ist nach den Vorschriften unter Nr. 12 und 13 im letzten Absatz unter Nr. 14 der Ministerial-Instruktion vom 17. Juli 1854 zur Städte-Ordnung vom 30. Mai 1853 (Ministerial-Blatt S. 128) zu verfahren; 3) in allen anderen Fällen, namentlich, soweit Vereinen juristische Personen, gewerbetreibende Gesellschaften, das Gehalt der Beamten und alle zur Zahlung der Gemeinde-Einkommensteuer verpflichteten an anderen Orten zur Klassen- und Klassifizierten Einkommensteuer herangezogenen Personen in Betracht kommen, wird eine besondere Ermittelung und Einführung des Einkommens unter Anwendung der für die Einführung zur Staatseinkommensteuer bestehenden Grundsätze (§ 28–30 des Gesetzes vom 1. Mai 1851 und der Ministerial-Instruktion vom 29. Mai 1873) durch eine für den Stadtbezirk von der Stadtverordneten-Versammlung aus der Bürgerenschaft alljährlich zu wählende Kommission vorgenommen. Dieselbe besteht aus 12 Mitgliedern, von welchen die Hälfte Stadtverordnete sein müssen. Den Vorsitz in dieser Kommission führt ein vom Magistrats-Diregenten ernanntes Mitglied; dasselbe ist nicht stimmberechtigt und zieht nur bei Stimmengleichheit den Ausschlag.

§ 7. Die nach vorliegendem Paragraphen stattfindende Einführung bildet die Mutterrolle zur Gemeinde-Einkommensteuer. Nachdem das Beitrags-Verhältnis zu den Gemeinde-Bedürfnissen durch Kommunal-Beitrag unter event. Genehmigung der l. Regierung festgestellt ist, fertigt der Magistrat die Heberolle an, welche während 14 Tagen zu Federmanns Einficht offen liegt und demnächst vollstreckbar erklärt wird. Jedem Steuerpflichtigen wird außerdem von der Kammereirolle oder den etwa anustellenden Gemeinde-Steuerempfängern ein Auszug aus der Heberolle, welcher den ihm zugestellten Steuersatz enthält, zugethielet.

§ 8. Die Gemeinde-Einkommensteuer ist in 4 Quartalsraten pränumerando an die Steuer-Empfangsstelle zu entrichten. Eine Vorausbezahlung des ganzen Jahresbetrages, sowie auch mehrerer Quartalsraten steht jedem Steuerpflichtigen frei. Unterbleibt die Zahlung des fälligen Steuer bis zum 15. des ersten Quartalmonats, so erfolgt nach fruchtbarer Mahnung die exekutive Einführung derselben.

§ 9. Reklamationen gegen den Steueranschlag müssen binnen einer Prallfrist von 3 Monaten nach der im § 7 vorgeschriebenen Bekanntmachung der Heberolle oder bei Veranlagung im Laufe des Jahres 3 binnen einer gleichen Frist nach erfolgter Benachrichtigung des Steuerpflichtigen von dem Steuerbetrag bei dem Magistrat schriftlich angebracht werden. Wenn jedoch nachgewiesen werden kann, daß durch den Verlust einzelner Einkommensquellen das veranschlagte Gesamteinkommen eines Steuerpflichtigen um mehr als den vierten Theil vermindert worden, darf eine verhältnismäßige Ermäßigung der veranlagten Steuer zu jeder Zeit gefordert werden.

§ 10. Die Zahlung der veranlagten Steuer darf durch die Reklamation nicht aufgehoben werden, muss vielmehr mit Vorbehalt der

späteren Erstattung des etwa zu viel Bezahlten, zu den bestimmten Terminen (§ 8) erfolgen.

§ 11. Bei denjenigen Steuerpflichtigen, die mit ihrem ganzen Einkommen zur Gemeinde-Einkommensteuer herangezogen werden, findet eine Reklamation gegen die Veranlagung zur Gemeinde-Einkommensteuer nicht statt. Die auf Reklamation gegen die Klassen- und Klassifizirte Einkommensteuer erfolgten Entscheidungen der Staats-Behörden hat jedoch ohne Weiteres für die Gemeinde-Einkommensteuer Gültigkeit, darunter, daß eine Ermäßigung der genannten Staatssteuern auch die Herabsetzung der Gemeinde-Einkommensteuer in die entsprechende Stufe zur Folge hat. — Reklamationen von solchen (physischen und juristischen) Personen, welche überhaupt nicht in den Staatssteuer-Rollen verzeichnet sind, oder von solchen, bei denen zwar letzteres der Fall ist, welche aber beanspruchen, daß ihr Einkommen ganz odertheilweise von der Gemeinde-Einkommensteuer befreit oder bei derselben niedriger veranlagt werde, sind binnen einer Prüfungsfrist von 3 Monaten nach Zustellung des Steuerzettels bei dem Magistrat schriftlich anzubringen. Dieselben werden von einer besonderen Reklamations-Kommission entschieden, welche 1) aus dem jetzigen Magistrats-Direktoren als Vorsitzenden, 2) zwei Mitgliedern des Magistrats nach Ernennung des Direktors, 3) sechs Mitgliedern aus der Bürgerschaft nach Wahl der Stadtverordneten-Versammlung besteht und keine Mitglieder enthalten darf, welche der Einschätzungs-Kommission (§ 7) angehören.

§ 12. Hinsichtlich der im Laufe des Steuerjahrs eintretenden Zu- und Abgänge von steuerpflichtigen Personen, sowie der Zu- und Abgänge des Einkommens selbst, findet ein gleiches Verfahren, wie bei der Klassen- und Klassifizirten Einkommensteuer statt. Gleiche Grundsätze kommen auch bezüglich der juristischen Personen, Forenzen u. dergl. (§ 6 Absatz 3) zur Anwendung.

§ 13. Gegen Steuerpflichtige, welche bei der Erörterung einer erhobenen Reklamation auf dieserhalb an sie ergangene Aufforderung wissenschaftlich einen Theil ihres Einkommens verschweigen, oder zu gering angegeben haben, können vom Magistrat Ordnungsstrafen bis auf Hö. e von zehn Thalern angeordnet werden (§ 53 der Städte-Ordnung). Bei jeder Strafe ist Jeder, welcher ein steuerpflichtiges Einkommen bezieht, oder erwirbt, verpflichtet, binnen 3 Monaten nach der amtlichen Veröffentlichung dieser Gemeinde-Einkommensteuer-Ordnung, beziehungsweise nach seinem Anzug in hiesiger Stadt, oder nach Erlangung seines steuerpflichtigen Einkommens behufs seiner Besteuerung beim Magistrat sich zu melden, insofern er nicht inzwischen eine Steuer-Zahlungs-Aufforderung erhalten hat. Die vom Magistrat festgesetzten Ordnungsstrafen fließen zur Armenkasse.

D e n t s c h l a n d.

Berlin, 28. Juni.

Der Kaiser hat dem Leib-Kürassier-Regiment (Schlesisches) No. 1. zu seinem 200jährigen Jubiläumsfeste das Bildnis Friedrichs des Großen, welcher vor 100 Jahren Chef des Regiments gewesen ist, zum Geschenk gemacht. Von den Brünn Alexander und Georg, deren Vater Prinz Friedrich ebenfalls Chef des Regiments gewesen, ist denselben aus gleicher Veranlassung das Bildnis des Großen Kurfürsten als dem Stifter des Regiments vor 200 Jahren, zugegangen. Beide Porträts, lebensgroße Knickstücke, sind von dem Maler Paul Bülow gefertigt. Das Bildnis des Kaisers, des jetzigen Chefs, befindet sich bereits seit einiger Zeit im Besitz des Regiments.

Neueren Mittheilungen der "Times" zufolge beabsichtigt die englische Admiralität, den Kronprinzen und seine Familie bei der Ueberfahrt nach der Insel Wight durch ein Geschwader von vier Panzerfragatten begleiten zu lassen. Auf der Insel sind, wie schon gemeldet, zu der am 3. oder 4. Juli erwarteten Ankunft der kronprinzipiellen Herrschaften Empfangsvorbereitungen Seitens der Bewohner im Gange.

Der Chef des Marineministeriums, Staatsminister v. Stosch, wird sich am 2. n. M. zur Besichtigung des Uebungsgeschwaders begeben, welches unter dem Kommando des Kapitäns zur See, Henk, in der Bucht von Eckernförde zusammengezogen werden soll; sodann wird der Minister v. Stosch seinen Sommerurlaub antreten.

7)

* Ideal und Welt.

Novelle von Ludwig Habicht.

Verfasser der Romane: "Zwei Höfe," — "Der Stadtschreiber von Eignitz" u. c.

(Fortsetzung.)

"Jetzt ist nicht Zeit, zu träumen und zu lieben", rief er verzweifelt, "Handle, rette mich!" Er entriss einem Diener die Fackel und drückte sie ihr in die Hand, indem er auf das rohe Fabrikgebäude wies. Sie eilte, wie von Furien gepeitscht, hinweg, schleuderte die Fackel auf den Riesenbau, die Flammen schlügeln augenblicklich über ihr zusammen und — Gabriele erwachte, wie von Fiebershauern geschüttelt. — Ganz wirr im Kopfe kleidete sie sich an, dann trat sie an das Fenster, als müsse sie sich überzeugen, daß es wirklich nur ein Traum gewesen, der sie gequält. Das rohe Gemäuer schaute noch immer stolz und gewaltig herüber; sie konnte deutlich das Rassel der Maschinen hören und doch vermochte sie den Blick nicht wegzuminden und versank, den Kopf in die Hand gestützt, in dumpfes Hinbrüten.

"Kann ein einziger Traum so wund und müde hegen?" murmelte sie vor sich hin. "Wie die Flammen um mich herumschlügen und ich verzweifend zu entrinne suchte! Und hatte ich nicht selbst die Fackel geschwungen? O Gott, solche Träume sind entsetzlich, sie wählen sich wie vernichtende Hirngespinst in das Herz!"

Gabriele starnte lange zum Fenster hinaus — sie wußte selbst nicht mehr, welche Gedanken sie heimgesucht; deshalb hatte sie auch überhört, daß sich die Tür geöffnet und ein alter Herr eingetreten war. Alles an ihm verrieth den Mann der früheren Zeit, dem diez entwickele Verändernde Geschmackströmung unserer Tage höchst gleichgültig ist. Der Rock war von braunem derben Stoff, mit einem breiten, steifen Kragen, und man gewahrte es schon, daß der solide, handfeste Stoff manche Mode überdauert hatte und noch lange dem Zahn der Zeit trocken würde. Auch die Weste, die schwarze Halsbinde erzählten von früheren Tagen. Und doch hatte der Mann, der so wenig der modernen Zeit seinen Zoll zahlte, nichts Altböserliches und Greisenhaftes. Alle seine Bewegungen waren rasch, lebendig, und auf den breiten, kräftigen Schultern saß zwar ein weißer Kopf, aber in den Augen strahlte noch ein jugendliches Feuer, und die ganze Erscheinung verrieth auf den ersten Blick eine ungewöhnliche Frische und geistige Regsamkeit. Es war Professor Hellmuth, der Oheim Gabrieles. Das wettergebräunte Antlitz mit den festen, energischen Zügen hatte freilich mit einem stillen Stubengelehrten nicht viel gemein, und Professor Hellmuth hatte auch wirklich ein reichbewegtes Leben hinter sich.

Als achtzehnjähriger Student hatte er nicht für die Befreiung Griechenlands bloß müßig geschwärmt, sondern er war begeistert in die Reihen der Philhellenen getreten und hatte für eine Sache gekämpft und geblütet, der sein ganzes Herz entgegengeschlagen. Er wurde verwundet und mußte endlich in die Heimat zurückkehren, aber er gehörte zu den Werten, deren himmelführender Idealismus durch nichts

— Am Donnerstag Nachmittag verbreitete sich in der guten Stadt Braunschweig das Gerücht, der gegenwärtig in der Villa Braunschweig bei Hesing verweilende Herzog Wilhelm sei plötzlich gestorben. Man kann sich vorstellen, in welche Aufregung die sonst ruhigen Braunschweiger darüber gerieten, zumal das Gerücht von Stunde zu Stunde wuchs. Man wußte, daß das Ministerium den Todesfall verschweige, natürlich damit der Sohn des Exkönigs Georg V. Zeit gewinne, von seinem "Erbe" Besitz zu ergreifen. Als sich genauere Nachrichten allmählig verbreiteten, glaubte man zwar, daß der Herzog noch am Leben, aber von einem Schlaganfall betroffen sei. Ein Korrespondent der "Magd. Ztg." erklärt, einstweilen nicht sagen zu können, wie weit letztere Nachricht richtig ist. Etwas muß wohl vorgefallen sein, sonst würde der offiziöse Telegraph nicht so schnell in Bewegung gesetzt sein, um zu verkünden, daß der Herzog sich vollkommen wohl befindet.

— Großes Aufsehen erregte die Nachricht der sonst so gut orientierten "Post", daß der Capitain Werner zu einer Arreststrafe verurtheilt worden sei. Eine andere Version will wissen, das Kriegsgericht, welches im April berufen wurde, um den Fall des Kapitäns abzuurtheilen, habe auch Freisprechung erkannt und es erübrig nur noch die Bestätigung des Kaisers. Völlig sinnlos ist die Nachricht, daß Fürst Bismarck, im Gegensatz zu dem Chef der Admiraltät General v. Stosch, heimlich für Werner Partei genommen.

— Wie die "Boss. Ztg." erfährt, wird von liberaler Seite im nächsten Reichstage der Antrag eingebracht werden, eine Reichsgewerbesteuer einzuführen und dabei insbesondere zu berücksichtigen: 1) daß die Höhe der Gewerbesteuer mehr durch die Größe des in dem Gewerbebetriebe angelegten Kapitals, als durch die auf dem Betriebe verwendete Arbeitskraft zu bestimmen sei, und 2) daß die Größe der Vortheile, welche die betreffenden Gewerbebetriebe von den Staatsanstalten und Einrichtungen haben, die Höhe der Steuersätze mit bedingen müsse. Die Antragsteller werden sich zur Begründung ihres Antrages unter Anderem darauf beziehen, daß durch die neue Gewerbesteuer-Ordnung ebenso wie durch die wirtschaftliche Entwicklung im Laufe der Zeit die Bedeutung der verschiedenen Gewerbe, sowie ihr Verhältnis zu einander sehr erheblich verändert worden sei, wie auch auf die nicht genügende Berücksichtigung, welche die Vorschriften vieler gegenwärtig gültigen deutschen Gewerbesteuergesetze dem Umstände zu Theil werden lassen, daß das Einkommen aus den Gewerben schon durch die jetzige Klassen- und Klassifizirte Einkommensteuer zu voll getroffen werde und daß somit für die Gewerbesteuer eigentlich nur das Anlagekapital übrig bleibe.

— Die Revision des Strafgesetzbuches bildet wieder den Gegenstand der Erörterung unter den Juristen. Die Zahl der Gegner der Revision ist fast so groß wie diejenige der Befürwortenden. Die Bundesregierungen haben inzwischen fast ausnahmslos die Revision beantragt; es wird dieselbe also mit Bestimmtheit vorgenommen werden und zwar wird dabei so verfahren, daß sämtliche Regierungen aufgefordert werden, die Punkte zu bezeichnen, bezüglich deren sie eine Abstimmung hervorgetretener Uebelstände wünschen. Die Antworten sollen dann den Umfang und die Methode der Reform bestimmen.

DRC. Mit Rücksicht auf den Umstand, daß sich bereits in einzelnen Fällen die Cholerare gezeigt und daß fast regelmäßig in leichter Zeit diese Krankheit, wenn auch nur sporadisch, aufgetreten ist, hat die Militär-Medizinal-Verwaltung sich veranlaßt gesehen, schon jetzt die Militär-Ärzte und Lazarethverwaltungen darauf aufmerksam zu machen, Vorkehrungen zu treffen, die es ermöglichen, wenn einzelne Fälle dieser Krankheit in den Garnisonsorten auftreten, sofort einer weiteren Verbreitung derselben resp. einer Ausbildung zur Epidemie energisch entgegen zu treten. Die Garnison-Lazarethverwaltungen u. s. w. sind anzuweisen worden, schon jetzt die nötigen Räume für derartige Even-

tualitäten zu reservieren, wie auch die erforderlichen Medikamente u. s. w. für das eventuelle Bedürfnis in solchen Fällen zu beschaffen.

— Im Laufe dieses Herbstes ist das Zusammentreffen der Kommision zu erwarten, welche die gleichmäßige Regelung des Abgabenwesens für ganz Deutschland in die Hand nehmen soll. Die gegenwärtigen Verhältnisse stehen mit der Gewerbesteuer in absolutem Widerspruch, während andererseits die Behörden gerechte Bedenken dagegen erheben, die Konzentration und die Kontrolle aufzuhaben. Es ist eine unverkennbar schwere Aufgabe, hier die rechte Mittel zu finden. Die Reichsregierung hofft von der Einleitung eines Enquête-Vorhabens einen besonders günstigen Erfolg. Man beabsichtigt die Berufung einer Anzahl hervorragender Fachmänner, um deren Vorschläge zur Rücksicht für das einzuschlagende Verfahren zu wählen.

Aus Neustettin, 26. Juni wird der "N. St. Z." folgender Fall von krasser Unzulänglichkeit eines Geistlichen der unitirten Kirche mitgetheilt:

H. M. aus P., altlutherisch, hatte sich mit E. B., der unitirten Kirche angehörig, verlobt, und das Aufgebot war bereits einmal erfolgt. Am 23. d. M. ließ der Pfarrer der unitirten Kirche R. in P. welcher das Brautpaar aufgeboten hatte, die Braut zu sich kommen. Was zwischen beiden verhandelt sein mag, kann mit einiger Sicherheit aus dem Folgenden, das auf wortgetreuer Mittheilung des Bräutigams beruht, geschlossen werden: Vom Pfarrer zurückgekommen, entbot nämlich die Braut dem Bräutigam zu sich und teilte ihm als er gekommen war, mit, der Pfarrer habe noch in Bezug auf das Aufgebot und von Religions-Unterschieden mit ihr gesprochen und gewünscht, daß er mit ihrem Vater zu ihm kommen möge. Beide begaben sich zu dem betreffenden Geistlichen und nun entpann sich zwischen ihnen und dem Geistlichen folgende, vom Geistlichen begonnene Unterredung:

Pfarrer: Welchen Glauben haben Sie? Bräutigam: Ich bin altlutherisch. Pfarrer: Sind Sie aus der Landeskirche ausgetreten oder schon Ihr Vater? Bräutigam: Mein Vater. Pfarrer: Dann sind Sie auch wohl altlutherisch getauft? Bräutigam: Nein, mein Vater ist erst ausgetreten, nachdem ich schon getauft war. Pfarrer: Also bloss altlutherisch eingegangen? Bräutigam: Ja! Pfarrer: Der Unterschied zwischen Altluetherischen und Unitirten wissen Sie wohl nicht? Bräutigam: O ja! ich habe das im Unterricht gelernt. Pfarrer: Welcher Unterschied findet beispielweise beim Abendmahl statt? Bräutigam: Unser Pfarrer sieht das Abendmahl so ein, wie er Christus eingetauft hat, denn er sagt nach der Beichte: ich vergebe euch die Sünden, während die Unitirten sagen: ich verhindige Euch die Vergebung der Sünden. Pfarrer: Wollen Sie sich zu dem Glaube Ihrer Braut bekehren? Bräutigam: Nein! Pfarrer: Nur ich habe auch die Braut hier gehabt, ich will auch in ihrem Glauben bleiben und ich habe sie auch dazu bestärkt, daß sie fest bleibt. Das kann keine gute Ehe werden, wenn Sie zusammenkommen; ich halte es daher für das Beste, wenn Sie nicht heirathen. Denn wenn Sie auch den Glauben Ihrer Braut noch annehmen wollten, dann würden Sie später doch in Ihre Kirche gehen und dann wäre das Mädchen verlaufen. — (Darauf zum Vater der Braut sich wendend:) Nicht wahr, Sie wünschen unter diesen Umständen doch auch, daß das Aufgebot nicht fortgezeigt werde? Brautvater: Wenn Sie meinen, Herr Preteger, dann wollen wir es zurücknehmen.

Die Braut hat demnächst dem Bräutigam mitgetheilt, daß sie vor dem Verlobniss zurücktritt. Ein Kommentar ist überflüssig und es soll nur bemerkt werden, daß das Paar wie für einander geschaffen ist, indem beide dem besseren Bauernstande angehören und durch tüchtige arbeitsame Eltern eine ihrem Stande angemessene gute Erziehung genossen haben. Der Bräutigam ist Besitzer eines Bauerngutes, ein junger blühender und, wie seine Unterredung mit dem Pfarrer ergibt, auch aufgeweckter und charakterfester Mann.

Gleiwitz. Die hiesige "Obersch. Ztg." schreibt: unterm 26. Jun. Soeben traf Bischof Dr. Reinkens in unserer Stadt ein, festsilber empfangen von dem Gemeinde-Vorstand der altkatholischen Gemeinde und Namens der Stadt begrüßt durch Herrn Bürgermeister Denha und den Stadtverordneten-Vorsteher Herrn Dr. Freund. In bereitgestellten Gala-Equipagen geht der Zug in die Stadt, während Hunderte von Personen auf dem Perron des Bahnhofes versammelten, um den berühmten Mann zu sehen.

Auch heute eilte der Professor mit jugendlicher Rüstigkeit und zärtlichem Lächeln auf Gabriele zu, blieb dann verwundert stehen, als er sie so düster und gedankenvoll dastehen sah, und fragte hastig: "Gabriele, was treibst Du?"

"Ich lasse mich treiben, von düsteren Phantasien." — Sie war so gewöhnt, dem Oheim ihre innersten Gedanken mitzutheilen, daß ihr auch heute halb unbewußt diese Worte über die Lippen schlüpften.

"Hinweg damit!" rief der Professor und machte mit seinem Stock eine rasche Bewegung, als könne er sie völlig verschwinden. "Sag Einbildung, das ist deutsch und vernünftig. Das Phantastiren überläß den Narren."

Gabriele suchte sich aufzuraffen, und seltsam genug, im Verleb mit dem verehrten theuren Manne fand sie sie am schnellsten ihr geistige Spannkraft wieder. "Aber Onkel, Einbildungen führen leicht dahin, eingebildet zu werden, und das ist hässlich."

"Niede deutsch mit mir — Oheim!" rief der Professor im strengen Ton des Lehrers, änderte ihn jedoch sogleich und fuhr mit freundlichem Lächeln fort, indem er seiner Nichte die Hand entgegenstreckte: "Ich komme heute nicht, um Dir Deine deutsche Sprache zu verbessern sondern Dir zu Deinem Wiegenseite von Herzen post festum Glück zu wünschen."

"post festum, gratias, Oheim", sie ergriff seine Hand und zärtlich an die Lippen.

Der Professor blickte mit wahrhaft väterlicher Zuneigung auf seine Nichte. "Ich möchte gestern in dem Gewühl nicht erscheinen, und zwischen uns braucht es nicht solch' leerer Formlichkeiten. Aber wie müde und erschöpft Du aussiehst! Wird Dein Vater denn niemals diese Hekzajag aufgeben? und wen will er noch damit täuschen? Er kann doch nicht das dunkle Gerücht unterdrücken, das ihm ärger schadet, als selbst der größte Verlust."

"O diese Schändlichen, die ihn schmählich verleumden, weil sie ihn nicht kennen!" rief Gabriele mit flammenden Augen. "Das Geschick mag meinen armen Vater verfolgen und an den Abgrund drängen, aber wird Niemand mit hinabreissen, denn ich kenne seiner Stolz."

"Da siehst Du, Kind, was ich immer sage," rief der Professor lebhaft und rückte sich einen Stuhl in die Nähe seiner Nichte! "Vor mit dem Schwindel, dem Lärm und Aufwand! Das ganze Geschäft leben ist unterhöhl, unsolide im innersten Kern. Alles beruht in unseren Tagen auf Kredit. Was ist dieses räthselhafte Ding? — ein blindes Vertrauen in die Ehrlichkeit der Leute, mit denen wir Geschäfte treiben. Und das geht eine ganze Weile — da kommt ein Hauch, Niemand weiß woher, und das Kartenspiel bricht zusammen. Eines fürzt wüst über das Andere. Wer hieß meinem Schwager Fabrik bauen? Könnte er sich nicht mit seiner stillen, glücklichen Thätigkeit beweisen?"

(Fortsetzung folgt.)

Fulda, 27. Juni. Bischof Kremer von Ermland verweilt noch hier und wird am Feiertage Peter und Paul am nächsten Montag die Predigt halten. Die anderen Bischöfe sind abgereist.

Frankreich.

Paris, 27. Juni. Aus bekannter Sitzung der Dreißiger-Kommission vom 23. d. M. erfährt man, daß Herr Laboulaye der Rechten der Nationalversammlung, wie sie die Majorität vom 21. Mai bildet, vorwärts, sie sei nur eine Koalition und man sehe nun wohl, wie wenig man auf dergl. Koalitionsgruppen bauen könne. Graf Daran antwortete darauf mit großer Bitterkeit und persönlicher Ge hässigkeit; Laboulaye blieb dem Grafen in seiner Replik nichts schuldig. Er sagte dem ehemaligen Döleanisten, der im Jahre 1870 sich zum Minister des Kaiserreichs machen ließ, was die Linke von der Rechten stets scheiden würde, sei, daß sie (die Linke) ein einziges Ziel für alle ihre Gruppen habe; die Errichtung der Republik, während die Rechte in sich zwei Königreiche und ein Kaiserreich beherberge. Der klerikale Abgeordnete Keller (Vertreter von Belfort) überraschte seine Kollegen durch das naive Verlangen, daß die Regierung und in Sonderheit, der Marschall Mac Mahon gehörten werden möge, indem er sich autorisirt glaubte sagen zu dürfen, daß dieser niemals darin willigen würde, mit Elementen der Linken zu regieren, wenn die Majorität in der Nationalversammlung sich einmal verschieben sollte. Einige Mitglieder richteten deswegen sehr ernste Bemerkungen an Herrn Keller der, als er spürte, auf einer falschen Fährte zu sein, erklärte, daß man seinem Vorschlag wohl mehr Bedeutung beilege, als er in der That verdiente. Herr Wallon vertheidigte seinen Vorschlag, der jedoch nur noch an Herrn Antonin Lefèvre-Pontalis einen Vertheidiger fand. Der Vorsitzende Batbie schlug nun vor, daß falls man in der nächsten Sitzung in eine ernsthafte Prüfung des Wallonschen Vorschlags eintrate, die Kommission sofort auch die Grundlagen diskutiren möchte, auf welchen die Wahl der Mitglieder des Senats beruhen würde, namentlich welchen Anteil daran der Ernennung durch die Exekutivgewalt gegeben, welcher Anteil aber der direkten Wahl belassen werden könnte. Nun bemerkte Herr Batbie, daß ein solcher modus procedendi die Berathungen nur noch länger hinziehen müßte und zu dem Arbeitspensum der Kommission nicht stimme.

Nach der Sitzung hatte Batbie eine lange Besprechung mit Casimir Perier, Gézanne und anderen Deputirten vom linken Zentrum. Perier segte ihnen das Weitere auseinander, daß der ganze Knoten der Frage in der Wahl einer Form der definitiven Regierung bestehet. Mit einer definitiven Regierung könnten die Gruppen der Linken viele Artikel des politischen und municipalen Wahlgesetzes annehmen, welche sie heute zurückweisen müßten. Sodann fuhr er ohne folgendermaßen fort:

„Das siebenjährige Provisorium, welches man einzogen möchte, ist gefährlicher als das thatsächliche Provisorium. Es wird doch nicht hindern die Regierungsform zu diskutiren zu der Stunde, wo die öffentlichen Gewalten entscheiden würden, daß sie diskutirt werden können. Man wird nicht hindern können, die Regierungsform auch vor Ablauf jener sieben Jahre zu diskutiren; man wird nicht sagen können: erst ein Jahr vor dem Ablauf des Waffenstillstandes der Parteien darf Ihr es thun; das würden chinesische Zustände sein, die an die Kordel-Kommunion erinnern würden. Die Republik ist konserватiver als das Kaiserreich; dieses, welches man heute nachzuhören sucht, ist nichts als eine verbüllte Demagogie. Die Republikare sind keine Hofsleute; sie werden dem Marschall nicht den Hof machen; aber sie machen es besser; sie akzeptieren seine Gewalt für sieben Jahre mit dem festen Willen, sie nicht anzutasten, aber unter der Bedingung, daß eine unbestrittene Nachfolge im Posten des Präsidenten der Republik stattfinde, ohne sich der Wiederwahl des gegenwärtigen Inhabers zu widersetzen, wenn die Vertreter der Nation es so wollen.“ Was thun im Gegentheil die bonapartistischen und royalistischen Konservativen? Was das linke Zentrum fordert, wird es aufrechterhalten; es wird den von ihm gewählten Boden nicht verlassen, weil der siebenjährige Waffenstillstand nur den Augenblick präzisiert, wo die obligatorische Anarchie, wie Herr Gézanne sie nennt, deputieren müßte.“

Ob Herr Batbie zu den Ansichten Periers befahrt worden, darüber schwiegt der Gewährsmann dieser an die „Ind. belge“ mitgetheilten Darstellung.

Auf die bereits gemeldete Beschlagnahme der Photographien des kaiserlichen Prinzen sind Aussuchungen bei den Führern der Bonapartisten gefolgt, um ihre Papiere und Korrespondenzen mit Beschlag zu belegen. Diese Nachforschungen haben, wie telegraphisch berichtet, gestern Morgen bei den Herren Pietri, Amigues, Lebrun, Bauny, Mansard, Morange und Mourot stattgefunden, aber nichts Erhebliches ergeben. Alle diese Personen waren mehr als vierundzwanzig Stunden zuvor gewarnt worden, somit war alles Wichtige zuvor beseitigt. Daß diese Maßregeln gegen die Bonapartisten einen Erfolg haben werden, ist sehr unwahrscheinlich. Diejenigen, welche für die bonapartistische Propaganda wirken, sind nicht nur bezahlte Agenten, sondern vielfach reiche Leute, Grundbesitzer, Offiziere und auch Regierungsbeamte, die der napoleonischen Sache mit Leib und Seele ergeben sind. Aus der Provinz werden Thatsachen gemeldet, gegen welche die Regierung wenig thun kann. So hat z. B. zu Martigues der neue Maire, Herr Boze, den Cercle Républicain geschlossen lassen und dagegen einen neuen Cercle gestiftet, in welchem der Herr Maire Abends Vorträge zu Gunsten des Kaiserthums hält. Ähnliches kommt überall vor. Zu Saint Julien (Haute-Savoie) haben die Sapeurs-Pompiers dieses kleinen Ortes eine Versammlung gehalten, wobei sie mit ihren alten Helmen erschienen, die den Adler und die kaiserlichen Initialen tragen; der Kapitän hält eine Rede über die halbige Rückkehr des Kaiserthums. Das geschah unter den Augen des Unterpräfekten, welcher, wie es scheint, damit ganz einverstanden war. Die Macht der Verhältnisse selbst drängt das Volk dem Kaiserthum zu; nicht die Neigung für dasselbe, sondern der Wunsch einer Löschung. Die Anarchie der Ideen, welche in Versailles herrscht, fördert die Bewegung, welche mit Maßregeln wie die Beschlagnahme der Photographien, Broschüren und Korrespondenzen nicht aufgehoben werden wird, dazu bedarf es mehr.

Der oben erwähnte pensionierte Oberst Pietri richtete unter dem 24. d. M. an das „Evenement“ ein Schreiben, worin er offen zugibt, daß er Präsident eines Komite's der ehemaligen kaiserlichen Offiziere ist. Er schließt dasselbe folgendermaßen:

„Sie sehen, wir verstehen uns nicht; wir heucheln nicht, wie Ihre politischen Glaubensgenossen, sondern wir gehen ganz offen vor, weil wir nichts gegen die Ordnung thun. Das Ihnen wohl bekannte Prinzip der Napoleon's, welches sich folgendermaßen zusammenfassen läßt: „Alles für das Volk und durch das Volk!“ verträgt nicht die Propaganda der Unordnung, noch die geheimen Umtreibe. Sie haben wohl gesetzt, daß unser Tirkular vom 5. März sich nur an die richtet, welche „der imperialistischen Sache getreu geblieben waren.“ Und

diese sind zum Glück sehr zahlreich. Man erinnert sich noch, daß das Kaiserreich immer die Ordnung, das Bevölkerung und den Wohlstand zurückführt, und diese Dinge verlangt man heute überall.“

Der Gemeinderath von Pont de Marsan (Landes) ist suspendirt worden. — Das „Avenir des Hautes Pyrénées“ meldet, daß die französischen Zollwächter an der Grenze 40,000 für die Carlisten bestimmte Patronen mit Beschlag belegt haben. Andererseits erfährt man, daß an dem nämlichen Tage 250,000 Patronen, welche dieselbe Bestimmung hatte, glücklich über die Grenze gelangten.

Großbritannien und Irland.

London, 26. Juni. Milder, als man nach den stürmischen Sitzungen der vorhergehenden Monate erwartet hatte, verließ gestern im Oberhause die Debatte zur dritten Lesung der Kirchendisziplinbill. Zum Theil mochte dies in der Thatsache seinen Grund haben, daß man die ursprüngliche Fassung, in welche sie der Erzbischof von Canterbury einbrachte, in fast allen Punkten während der Ausschusssitzungen geändert hatte, so daß es dem Vater vermutlich schwer wurde, sein eigenes Kind wiederzuerkennen. Aber die Aenderungen bezogen sich doch durchweg auf Nebensachen; im Kernpunkt ist die Bill dieselbe geblieben, die sie war; sie stärkt die Macht der Bischöfe auf Kosten der bisherigen Unabhängigkeit des Clerus. Zwar rügte der Lordkanzler die bitttere Bill zu verschärfen, indem er nachdrücklich betonte, daß der Gesetzentwurf weder in den Lehren, noch in den Gebräuchen (Ritual) der Kirche irgend eine anstößige Reform beweise. Aber dies ist ein Trugschluss. Sobald es den Bischöfen möglich ist, dem Pfarrclerus ohne Kostenaufwand und möglichst schnell an den Kragen zu kommen und ihn seiner Amtsstellung zu entziehen, hat es mit der bisherigen Weite der individuellen Ansicht, die jeder einzelne Geistliche dem Ritualismus gegenüber annahm, ein Ende, und wenn anders die Bischöfe selbst antiritualistisch gesinnt sind, wird der Ritualismus sehr in die Enge gerathen. Die nächste Station auf der Pilgerfahrt der Bill wird das Haus der Gemeinen sein. Wie sie dort empfangen werden wird, darüber kann man jetzt nur Vermuthungen aufstellen. Daß die Regierung sie nicht als ihre Vorlage ansieht, hat Disraeli vor einigen Wochen klar genug angekündigt. Indessen sind die Bischöfshütte des Erzbischofs von Canterbury und des Bischofs von Peterborough, die Urheber der Bill, disraelitischen Ursprungs; und wenn man aus der vorgelnden Opposition, welche gestern zur ersten Stunde der Minister für Indien, der Marquis von Salisbury, gegen sie losließ, auf deren nichtoffiziellen Charakter schließe, so muß man hinzufügen, daß der Lordkanzler ihr wärnster Freund war und ihre Annahme wesentlich beschleunigte. Jedenfalls ist das Kabinett bis jetzt getheilter Ansicht und wird es, bei dem starren und unverhönlischen Charakter Lord Salisburys, auch bleiben. Disraeli's Gesinnung sollte man eigentlich aus der Rede schließen können, welche er vorgestern bei dem Banquet der Schneidergilde hielt und in der er einen langen Streifzug ins Gebiet religiöser und kirchlicher Meinungen mache. Aber wer wollte sich getrauen, Disraeli's Handlungsweise aus einer seiner Anerkennungen theoretisch vorauszusagen und den Schlangenlauf zu bestimmen, welcher seine Worte von der Ausführung trennt? Wer sein Leben kennt, weiß, daß er Konsequenz nur in der Inkonsequenz bewiesen; und es ist nur dieser Thatsache zuzuschreiben, daß keines der Tagesblätter, welches seine Rede bespricht, sich diesen naheliegenden Schluß erlaubt hat.

Tagesübersicht.

Posen, 29. Juni.

Also doch! Die Bischofskonferenz in Fulda hat keine neue Kriegserklärung gegen die Staatsgewalt sondern Vermittlungsvorschläge formulirt und dieselben bereits gestern nach Berlin gesandt. So meldet das eben eingegangene Telegramm, ohne beizufügen, ob die Vorschläge direkt dem Kaiser oder dem Ministerium eingereicht werden sollen. Ein gut unterrichteter Correspondent der „Köln. Btg.“ hatte einen solchen Schritt schon vorher angekündigt und unter dem 27. d. M. seine Meldung durch folgende Zeilen bekräftigt:

Um allen Auslassungen der ultramontanen Presse bezüglich unserer neulichen Mittheilung, „daß die Möglichkeit der Säkularisation des Kampfes zwischen Staat und Kirche auf der Tagesordnung der diesmaligen Bischofskonferenz stehe“, ein für alle Male entgegenzutreten, wollen wir hier konstatiren, daß sich jene Meldung auf die eigenen Worte des Herrn Bischofsmverwalters Habne stütze. Wir würden ohne eine solche kompetente Information eine derartige Mittheilung, so nahe sie an und für sich lag, nicht gemacht haben. Daß übrigens die Zeit nicht mehr fern ist, wo die ultramontane Presse von den Bischöfen selbst dasavontritt, thun bereits in unserer Diözese Thatsachen von unüberleglicher Beweiskraft daz, und bald dürfte der Fall eintraten, daß das Verhältnis des preußischen Episkopats zu den Jesuitenblättern mit dem des Bischofs Heinrich von Nassau zu dem bekannten „Bayerischen Vaterland“ ziemlich kongruirt.

Wir wollen, ehe wir die großen Erwartungen des rheinischen Blattes theilen, abwarten, ob die Vermittlungsvorschläge annehmbare Kapitulationsbedingungen enthalten oder ob sie blos ein Versuch sind, durch kleine Nachgiebigkeiten ihre großen Ansprüche aufrecht zu erhalten. Wir wünschen nichts Schlimmeres, als wenn die Regierung den Kampf unausgetragen ließe und mit dem noch nicht völlig besiegt Episkopate einen faulen Frieden schließe. Uebrigens meldet der bezeichnete Correspondent, daß die Bischöfe beschlossen haben, im nächsten Herbst eine neue Konferenz abzuhalten.

In fast genau derselben Weise wie wir im Leitartikel unserer letzten Sonntagsnummer voraus sagten, beginnen sich die Dinge in Spanien zu vollziehen. General Concha hat die befestigten Positionen der Carlisten bei Estella umgangen und die Offensive im Norden und Osten ergriffen. Leider hat die republikanische Sache den ersten Sturm auf die carlistischen Verschanzungen von Muria (3 Kilometer von Estella) thuer genug bezahlen müssen. Wie im heutigen Abendblatte der Pos. Btg. bereits gemeldet wurde, fiel General Concha, der es sich als tapferer Soldat nicht nehmen ließ, seine Truppen selbst bei der Attacke auf die feindlichen Batterien anzu führen, beim Sturm auf eine Schanze. Da diese Nachricht bereits amtlich bestätigt ist, bleibt kein Zweifel an der Nichtigkeit der für die madrider Regierung recht traurigen Thatsache. Der auf dem Felde der Ehre gebliche spanische General war seinen Leuten gegenüber streng aber gerecht und obgleich Offiziere und Mannschaften ihn nicht wenig fürchteten, vertrauten sie doch durchweg seinem Genie und würden von Niemandem in Spanien lieber kommandirt gewesen sein, als vom gefallenen „eisernen“ Concha. Details über die Gefechte bei Muria fehlen zur Stunde noch. Jedoch ist aus dem Umstände, daß sich die Republikaner nach dem Sturme in vollkommenen Ordnung in ihre früheren Läsern zurückgezogen haben, militärisch zu folgern, daß die Attacke, selbst wenn sie momentan erfolglos gewesen sein sollte, dennoch zu

Gunsten der Stürmenden ausgefallen ist. An Stelle des gefallenen Marschalls Concha ist General Zubala zum Kommandeur der Nord-Armee ernannt worden. Der weiter gemeldete Ministerwechsel hat keine politische Bedeutung, sondern erklärt sich aus dem Avancement Zubala's.

Kürzlich ist in Londoner Blättern ein fernerer Abschnitt des Schriftwechsels zwischen dem englischen Kolonial-Ministerium und den westafrikanischen Behörden veröffentlicht worden. Einige der bemerkenswertesten Punkte daraus sind folgende: Dem Gesuch des Königs der Aschantis, verschiedene seiner Vasallen, welche freiwillig im englischen Protektorat Schutz gesucht haben, zur Rückkehr zu veranlassen, erklärt die britische Regierung nicht entsprechen zu können; dagegen sollen die Behörden an Ort und Stelle nicht dulden, daß irgend ein Untertan des Königs gegen seinen Willen, etwa als Geisel bei einem anderen Negerstamm, zurück behalten werde. Mehrere eingeborene Häuptlinge haben als Zeichen ihrer englischen Staatsangehörigkeit um englische Flaggen gebeten. Diese Bitte bedauert Lord Carnarvon abschlagen zu müssen, da mit den Flaggen Missbrauch geschehen könnte, wofür England verantwortlich gemacht werden würde; er ist indessen bereit, den Häuptlingen Subsidien zu gewähren. Die sährliche Abgabe, welche die Holländer während ihrer Besitzzeit in Elmina an den Aschantibis entrichtet haben, mag die englische Regierung nicht weiter zahlen, weil dieselbe unter den Aschantis zu der irrgewissen Auffassung Unlaz gegeben hat, sie sei ein Tribut; doch beansprucht die Königin Victoria, eine außergewöhnliche Gesandtschaft nach Kumassi zu entsenden, welche dem König Kofi Kalkali als Zeichen königlicher Gunst werthvolle Geschenke überreichen soll. Die Bitte eines Prinzen des Königshauses von Aschanti, seiner Erziehung wegen nach England kommen zu dürfen, wird von der Königin bereitwillig gewährt, jedoch vorher Bescheid über das Alter des Prinzen, über sein Erbanrecht auf den Thron und über die Zeit, welche er in England zu verbringen gedenkt, verlangt. Der Kommandant von Cape Coast Castle berichtet über den fortschreitenden Wiederaufbau der in Grund geschossenen Stadt Elmina. Die Eingeborenen bauen sogar die Häuser mit mehr Aufwand und größerer Sorgfalt als vorher, haben also eine längere Dauer im Auge. Der Kommandant sorgt dafür, daß eine Zone von 150 Fuß Weite um die Forts frei bleibt.

Lokales und Provinzielles.

Posen, 29. Juni.

— **Auf der internationalen landwirtschaftlichen Ausstellung in Bremen** erhielt die Firma: Richard Garrett u. Sons, in Vollmacht Paul Dietrich, Filiale in Bromberg, die goldene Medaille für deren Gesamtleistungen auf dem Gebiete landwirtschaftlicher Maschinen, sowie zwei silberne Medaillen und zwei ebensolche Auszeichnungen. Zusammenommen die höchste Auszeichnung, welche überhaupt einer Firma gleicher Branche auf dieser großen internationalen Ausstellung zu Theil geworden.

— **Unfug, Misshandlungen usw.** Ein Tischlermeister wurde auf dem Neuen Markt wegen groben Unfugs durch einen Schutzmänner verhaftet, stieß dabei um sich, und stieß mehrmals den Beamten. — Ein Arbeiter stach Sonntag Abends einem 11 Jahre alten Knaben auf dem Neuen Markt ohne jede Veranlassung das Messer in die linke Schulter; er ist deswegen verhaftet worden. — Ein obdachloser Hauknec hat gestern Abend in Gemeinschaft mit einem anderen unbekannten Manne das Schild eines Klempnermeisters auf der Breitenstraße losgerissen und ist deswegen verhaftet.

— **Diebstähle.** Ein Arbeiter wurde wegen Diebstahls von Holz verhaftet. — Einen Gutsbesitzer in der Provinz wurde durch seinen Neffen, einen Gymnasiasten, eine goldene Uhr nebst Kette und 2 goldenen Ringen entwendet. Die Gezeitenstände sind wieder herbeigeschafft, und ist der bereits gefesselte Straftäter zurückgezogen worden. — Eine Frau auf der Sandstraße wurde durch eine Friseurin eine Haarschleife in den Werthe von 5 Thlr. unterschlagen. — Einer Schifferfrau auf der Wallstraße sind durch einen Frauenzimmer, welches sich bei ihr in Vogis befand, 2 weiße Bettbezüge und ein Handtuch gestohlen worden.

— **Polizeibericht.** Verloren: ein junger glattgelber Affenpinscher mit gelbem Tuchhalsband, 1 Portemonnaie von rotem Leder und Messingrand, enthaltend ca. 34 Thlr. — 25 Thalerstück, 20 Markstück und andere Silbermünzen, sowie ein kleiner Hobelschlüssel, ein kleiner Kinderohrring mit blauem Stein und ein ovales goldenes Medaillon. Gefunden: ein Haibleder, ein F. Hlen, eine Granatbrode, ein 22 Fuß langer Eichenstamm, ein Taschenbuch, eine Ziege, 1 goldene Brille, 5 kleine Schlüssel, 1 Kinderstock, 1 Paar Strümpfe, ein 10 Thlr.-Schein, sollte der Eigentümer nicht ermittelt werden, so ist dieser Betrag vom Finder zur Christbeschreitung armer Kinder des Landwehr-Vereins bestimmt.

— **Altbohmen**, 28. Juni. [Ertrunken.] Einzelne Theile des Dominiums Woynic sind durch einen See getrennt. Am Freitag arbeiteten sowohl auf der einen als der anderen Seite des Sees Leute des betr. Dominiums. Um die Mittagszeit gab ein Beamter des Dominiuns einem Arbeiter den Auftrag, auf die andere Seite des Sees hinüberzugehen, um sich zu überzeugen, ob die Leute mit ihrer Arbeit fertig sind, und wenn dies der Fall, dieselben mit herüber zu bringen. Zur Ausführung dieses Auftrages bediente sich der betr. Arbeiter eines Kahn. Auf dem Rückwege schöpfte der Kahn Wasser und schlug mit seinem fünf Fußfassen um; drei davon ertranken, ein Mädchen, welches sich an den Kahn angelehnt hatte, wurde gerettet, und ein anderer Arbeiter rettete sich durch Schwimmen. Bis gestern Mittag war erst die Leiche eines Mädchens, Tochter einer Komornikwirtin, gefunden worden, die anderen beiden Leichen, ein Mädchen und ein Junge, Geschwister, sind bis jetzt noch nicht gefunden.

— **Rawitsch**, 28. Juni. [Sv. node. Feuer.] Am verflossenen Freitag tagte unter dem Vorsitz des Superintendanten-Berwesers, Ober-Pfarrer Kaiser, die Synode des bojanow's Kirchenkreises in biesiger Stadt. Es wurden in den Vorstand gewählt: Oberprediger Müller und Kaufmann Starke aus Bojanowo, Kreisgerichtsrath Hausleutner von hier und Gutsbesitzer Jordan in Lindenhoff. Als Deputierte für die Provinzial-Synode gingen aus der Wahl hervor: Ober-Pfarrer Kaiser und Landrat Schopis, als deren Stellvertreter: Pastor Hensel in Jutroschin und Kaufmann Starke in Bojanowo. Wie ich höre, sind die 7 Fragen durchweg im liberalen Sinne beantwortet worden. — In der Nacht vom Freitag zum Sonnabend sind in unserer Nachbarstadt Sarne die dafest in der Rawitscher Vorstadt gelegenen Scheunen — 30 an der Zahl — die zum großen Theil mit Brennräthen von Hen und Stroh gefüllt waren, nebst verschiedenen Ackergeräthen und einem Wohnhause abgebrannt. Die Feuerprize des Fabrikanten M. S. Brann von hier soll die erste auf der Brandstätte gewesen sein. Die Entzündungsursache des Feuers ist zur Zeit noch unermittelt.

— **Fraustadt**, 27. Juni. [Kreissynode. Amts-Einführung. Kriegerverein. Jubiläum]. Am 26. d. M. fand hier unter Vorsitz des Herrn Superintendenter Pfarrer die Kreissynode statt. Die bekannten auch hier vorgelegten 7 Fragen wurden fast in derselben Fassung wie in Posen beantwortet; nur mit der Kirchendisziplin ist man hier weiter gegangen, indem man denjenigen, der seine Kinder nicht tauft lässt, oder der zum Abendmahl nicht geht, das feierliche Begegnung ver sagt; schließlich ist die an das Brautpaar zu richtende Anfrage dahin geändert worden, daß statt der Worte: „vor dem Herrn und seiner Gemeinde“ die Worte: „vor dem Herrn

und den Bezeugen" gesetzt worden sind. — Heute wurde der an der hiesigen ev. Kirche der Neustadt als Pastor gewählte Pfarrverweser Napp aus Neustadt a. W. in sein Amt feierlich eingeführt. Nach dem Gottesdienst versammelte sich der Kirchenrat und mehrere Gemeindemitglieder zum gemeinschaftlichen Diner. — Der hiesige Kriegerverein feiert heut sein Sommerfest. Die Krieger rückten Nachmittags 1 Uhr mit klingendem Spiele und wehender Fahne nach dem, an der Glögauer Chaussee gelegenen Erlenbusch und kehrten von hier nach dem Schützenhaus zurück, wo sie sich bis zum Abend bei Spiel und Tanz vergnügten. Dem Zuge folgte ein von einem Turlo gefahrener Markete-Wagen, auf welchem eine Marketerin in Dragoneruniform saß. — Heut überreichte der Vorstand der hiesigen Schützengilde dem Kämmerer Herrn Döschläger, der seit 50 Jahren Mitglied der Gilde ist, ein Diplom als Ehrenmitglied.

Mangel an Subalternbeamten. *)

Eine Berliner Korrespondenz in Nr. 430 der Posener Zeitung wies darauf hin, daß die Karriere der Subaltern-Beamten 1. Klasse nicht mehr so häufig als früher von dazu befähigten jungen Leuten eingeschlagen werde. Wenn es auch richtig ist, daß viele Privatstellungen bei Bank-Instituten u. s. w. und im Kommunaldienst jenen jungen Leuten weit bessere Aussichten gewähren als der Staatsdienst, so ist dies doch nicht der alleinige Grund des hervortretenden Mangels. Eine sehr erhebliche Ursache liegt in der Organisation der Verwaltungen selbst. Das seit Jahr und Tag hervorgetretene Bestreben, die Diätarien — also gerade die jüngsten Beamten — besser zu dotiren, hat zwischen den Einkommens-Verhältnissen dieser und andererseits der älteren Beamten ganz eigenhümliche Mitzverhältnisse geschaffen. Während bei einigen Verwaltungen ein junger Mann nach 4—5-jähriger Dienstzeit zu einem Einkommen von 4—500 Thlr. gelangt, beziehen Beamte derselben Branche, die über 40 Jahre im Dienst sind, höchstens 900 Thlr. Darin liegt kein richtiges Verhältnis. Obenein ist es fraglich, ob die bessere Dotirung der Diätarien den davon erwarteten Einfluß auf das Beamten-Personal im Allgemeinen üben wird. Da, wo Prüfungen gefordert werden, ist es Thatsache, daß der Aussall derselben sich im Allgemeinen nicht günstiger gestaltet und fast überall sieht man sich genötigt, die Ansprüche an die allgemeine Bildung der Aspiranten herunterzusetzen, um nur das erforderliche Personal zu gewinnen. Weit richtiger würde uns scheinen: Die Ansprüche an die allgemeine Bildung der jungen Leute zu erhöhen, die Fachprüfungen dagegen, wenn nicht ganz fortfallen zu lassen, doch auf ein Minimum zu beschränken und die Gehalts-Verhältnisse so zu regeln, daß der ältere Beamte bei wachsenden Bedürfnissen, stärkerer Familie u. s. w. sein Einkommen in bestimmten Zeit-Abschnitten — vielleicht von 5 zu 5 Jahren — entsprechend erhöht sieht, ohne erst auf den Tod seines Vorfahrtmänner" warten zu müssen. Im Landstage sind diesbezügliche Vorschläge längst gemacht worden, ohne daß sie die gebührende Berücksichtigung gefunden haben. Mit einer derartigen Regulierung der Gehälter könnte dann endlich auch die Befestigung der leidigen Unterstützungs-Fonds verbunden werden, um in den letzten Jahren, trotz so vieler Resolutionen, die sich dagegen aussprachen, immer noch erhöht worden sind und schließlich zu reinen Bettel-Fonds werden. Die zeitweilige Besserstellung der diätarisch beschäftigten Beamten ist für die Dauer kein geeignetes Mittel, ein tüchtiges Beamten-Personal heranzuziehen. Vielleicht ist in der That, wie jene Eingangs erwähnte Korrespondenz ausführte, die Karriere der Steuer-Beamten jetzt die einzige, die gebildeten jungen Leuten entsprechende Aussichten für die Zukunft eröffnet. In allen anderen Branchen — Post, Justiz, Verwaltung — ist in dieser Hinsicht viel zu wünschen und das fortwährende Streben selbst älterer Beamten, ihr Amt mit einer irgende besseren Privatstellung zu vertauschen, deutet nicht darauf hin, daß sie für gewöhnlich zu dem Gefühl einer gewissen Befriedigung gelangen. Heute, wo die Preisssteigerungen sich bis in die kleinsten Verhältnisse hinein von Tag zu Tag spürbar machen und gerade den Familienvater am stärksten drücken, sind die Asiens-Verhältnisse für die älteren Beamten durchaus ungenügend und das einzige durchgreifende Mittel sie zu heben ist eine Erhöhung der Gehalts-Maxima für die einzelnen Beamten-Kategorien und wiederholen wir — Erreichung derselben durch Zulagen in bestimmten Zeit-Abschnitten. Wenn nach diesem Prinzip reformirt wird, werden sich auch wieder genug tüchtige Kräfte für die subalternen Branchen finden.

Wissenschaft, Kunst und Literatur.

= Fischereigesetz für den preußischen Staat. Vom 30. Mai 1874, ist soeben in der königl. Geh. Ober-Hofbuchdruckerei (R. von Decker) in einer korrekten 8. Ausgabe zu dem Preise von 2½ Sgr. erschienen. Dasselbe findet Anwendung auf die Küsten-Binnenschifffahrt in allen unter preußischer Herrschaft befindlichen Gewässern. Alle früher erlassenen, den Bestimmungen dieses Gesetzes entgegenstehenden Vorschriften sind hierdurch aufgehoben.

Staats- und Volkswirtschaft.

** Entscheidungen des Reichs-Oberhandelsgerichts. Bereits das Obertribunal hatte angenommen, daß die kurzen Verjährungsfristen für Gewährsmängel der §§ 343, 344, Th. I. Tit. 5 des Allgemeinen Landrechts nicht Platz greifen, wenn es sich um den Erbschaftsanspruch für ein Inhaber patr. handelt, welches bei der Übergabe an den Käufer bereits amortisiert war. Auch das Reichs-Oberhandelsgericht hat in diesem Sinne entschieden. Es wird wie folgt ausgeführt: „Als Käufer die im Streite befangenen Papiere als Aktien der Sächsisch-Thüringischen Aktien-Gesellschaft für Braunkohlen-Bewertung vom Verkäufer kaufte, waren dieselben bereits amortisiert, also keine Aktien mehr, sondern nur für wertlos zu erachtende Papierstücke. Der Kaufgegenstand existierte nicht mehr und die Übergabe der Papiere ist nicht als eine bloß mangelhafte Vertragserfüllung des Verkäufers zu betrachten, sondern kann überhaupt nicht als Vertragserfüllung bezeichnet und beurtheilt werden. Es stimmen aber die beiden zitierten Gesetzesstellen, so verschieden auch ihr Gegenstand ist, selbstredend in der Voraussetzung überein, daß das Vertragssubjekt übergeben worden, und nur wegen Mängel derselben Aufpride von dem Übergreifer erhoben werden. Da diese Voraussetzung hier nicht vorliegt, würde der Appellationsrichter die in Rede stehenden Gesetzesvorschriften dann verlegt haben, wenn er sie zur Anwendung gebracht hätte.“ Aus dem fernerem Theil der Entscheidung ist nur noch hervorzuheben, daß es für ungünstige erklärte wird, auch Aktien seien im Sinn des Art. 349 des Handelsgesetzbuches Waaren. Durch das Handelsgesetzbuch und namentlich durch die Rechtsprechung des Reichs-Oberhandelsgerichts ist das Prinzip von Treu und Glauben in eine bisher nicht gekannte Anwendung gelommen. Die Folge davon ist vielfach, daß in ungeübter Hand damit Missbrauch getrieben wird. Das Reichs-Oberhandelsgericht spricht sich wie folgt aus: „Das den Handelsverkehr beherrschende Prinzip von Treu und Glauben, H.-G. B. Art. 278, 279, sagt nicht mehr, als daß für die richterliche Entscheidung über den Inhalt einer Willenserklärung der wirkliche Wille im Widerspruch mit dem Wortlaut maßgebend, nicht aber, daß ein unvollständiger Wille im Gegensatz zum vollständigen, aber nur nicht vollständig erklärten Willen durch den Richter zu ergänzen sei. Es ist daraus entwickelt, daß die Unbestimmtheit der Quantität in einem Antrage zum Kauf nicht nach Treu und Glauben ergänzt werden könne. „Mehrere hundert Dutzend“, ohne Beifügung irgend eines Anhaltpunkts für die schlichte Entscheidung über die bestimmte Zahl ist eine durchaus ungerechte Bezeichnung des Vertragsgegenstandes.“

** Quistorp'sche Angelegenheit. „Westen d. Berlin, Kommanditgesellschaft auf Aktien, Heinrich Quistorp“, das ist der Titel des Resultates der mehrfach erwähnten, von Herrn Quistorp in Aussicht genommenen Neorganisation der gesamten Quistorp'schen Institute. Es ist beabsichtigt, 2 Aktien der

Westendgesellschaft H. Quistorp und Co., oder der Vereinsbank H. Quistorp und Co., oder je eine von beiden, also zwei zu einer Aktie der neuen Gesellschaft zusammenzulegen und zwar mit der Verpflichtung, daß bei einer successiven Einzahlung von 49 Prozent (80 Thaler pro Stück) auf eine solche neue Aktie jeder alte Kommandit-Antheil mit je 30 p.C. (also 60 Thaler per Stück) an Zahlungsstatt angenommen wird, und somit zwei dieser alten Antheile mit Hinzurechnung der Baureinzahlungen ein vollgezahltes Stück von 200 Thalern bilden werden. — Überdies wird auf jede so in Zahlung gegebene Aktie der alten Gesellschaft ein Nevers ausgefertigt, welcher die neue Gesellschaft dem Inhaber gegenüber verpflichtet, und zwar zur Zahlung desjenigen Betrages, welcher bei Ausschüttung des Vermögens der einen oder der andern der alten Kommanditgesellschaften sich für die betreffenden Aktionäre über die schon verrechneten 30 p.C. hinaus (also über 60 Thaler per Stück) ergibt. Die Anmeldungen haben bis zum 15. Juli zu erfolgen.

** Schlesischer Vorschuss- und Real-Kreditverein in Breslau. Wie verlautet, in dem noch jungen schlesischen Vorschuss- und Real-Kreditverein (eingetragene Genossenschaft) in Breslau auf seinen diesjährigen Antrag von den betreffenden Ressort-Ministern unter dem 6. Juni nach eingehender Prüfung, wie es im Reskript heißt, die Eröffnung gemacht worden, daß dieselben nicht abgeneigt sind, Alergosten Orts den Antrag der Genossenschaft auf Ertheilung eines Privilegiums zur Ausgabe von Hypotheken-Pfandbriefen unter der Bedingung zu unterstützen, daß das Vereinstatut vom 3. August 1873 nach dem Muster des Statuts der sittlichen Genossenschafts-Hypotheken-Bank abgeändert wird, daß unfindbare Hypotheken-Darlehen schon in Beträgen von 300 Reichsmark bewilligt werden, Pfandbrief-Arpoints nicht unter 200 Reichsmark zur Ausgabe gelangen sollen, und daß das Geschäftsfeld der Genossenschaft auf die Provinien Schlesien, Posen und Preußen, wie von der Genossenschaft selbst beantragt worden, beschränkt bleibt. Es würde hierdurch — meint die „Schles. Presse“ unseres Wissens die 2. Genossenschafts-Hypotheken-Bank in Preußen konzessioniert werden, was eine für das Genossenschaftswesen um so erfreulichere Erscheinung ist, als dadurch die Gleichberechtigung der Erstgenannten Bantien neben Aktien-Hypotheken-Banken bei den Staatsbehörden gleichsam zur Anerkennung gelangt zu sein scheint.

** Berlin-Görlitzer Eisenbahn. Dem vorliegenden Geschäftsberichte pro 1873 entnehmen wir folgende Angaben: Die Gesamt-Einnahmen haben 1.793.265 Thlr., die Gesamtausgaben 973.143 Thlr. zu bestehen und verbleibt ein Überschuss von 820.121 Thlr. Aus diesem waren vorweg zu berichtigten 61.702 Thlr. zur Beurteilung der Prioritätsobligationen, 7392 Thlr. zu deren Amortisation, 12.630 Thlr. als Rücklage in den Reservefonds, 146.891 Thlr. Rücklage in den Erneuerungsfonds und 16.718 Thlr. letzte Rate des reglementarischen Zuschlusses zum Erneuerungsfonds und 14.429 Thlr. Zinsen für den zum Bau der Strecke Weizwasser-Muskaus verwendeten Anteil der Prioritätsanleihe. Vom Restbetrag von 560.702 Thlr. werden 275.000 Thlr. zur 5-proc. Bezinzung der Stammprioritäten in Höhe von 5.500.000 Thlr. verwendet, 165.000 Thlr. = 3 p.C. entfallen auf das Aktienkapital von 5.500.000 Thlr., 11.578 Thlr. auf Eisenbahnsteuer, 81.000 Thlr. werden als Spezialreserve für die Forderung der General-Bauunternehmer abgesetzt, zu Restausgaben verbleiben 28.123 Thlr. Die Einnahmen haben gegen das Vorjahr um 196.949 Thlr., die Ausgaben von 185.722 Thlr. zugenommen. Der Progenzat der reinen Betriebs-Ausgaben hat sich 51,16 p.C. in 1872 bis auf 56,08 p.C. pro 1873 und incl. der Rücklagen in den Reise- und Erneuerungsfonds von 58,03 p.C. in 1872 auf 66,39 p.C. pro 1873 erhöht. Die Anzahl der beförderten Personen beläuft sich auf 743.585, davon im Binnenerverkehr 675.461, der Ertrag 462.363 Thlr., davon im Binnenerverkehr 387.885 Thlr. An Gütern wurden 12.971.941 Brt. befördert mit einem Ertrage von 1.151.005 Thlr., davon im Binnenerverkehr 400.328 Thlr. Verschiedene Einnahmen umfassen 95.902 Thlr., darunter für Vermietungen der Transportmittel 56.527 Thlr. Auf die Transportverwaltung entfallen 614.721 Thlr., auf die Bahnverwaltung 272.346 Thlr. und auf die allgemeine Verwaltung 71.549 Thlr. Ausgaben.

** Österreichs Eisenhandel i. J. 1874. Bei einem der zahlreichen Handels-Artikel, von denen Österreich zur Deckung seines Bedarfs alljährlich große Quantitäten importieren muß, tritt der Rückgang der Einfuhr in so intensiver Weise zu Tage, wie beim Eisen und den verschiedenen Halb- und Ganzfabrikaten aus diesem Metalle. In den ersten vier Monaten 1874 wurden an diesen Waren um 1.839.975 Zoll-Zentner, d. i. um 70 Prozent weniger eingeführt, als im gleichen Zeitraum des Vorjahrs. Zur Ein- und Ausfuhr nach und aus Österreich-Ungarn gelangte in den Monaten Januar bis April:

	Einfuhr gegen 1873		Ausfuhr gegen 1873	
	1874 weniger um	1874 mehr um	1874	1873
Eisen rohes	291.246	1.211.509	26.536	22.021
Eisenbahnächsen	115.284	221.384	2.177	1.259
Eisen, gefrischt, nicht				
fagonniert	28.230	120.915	30.370	15.195
Maschinen aus Eisen	116.208	103.691	71.442	45.327
Großer Eisenguss	42.349	73.414	5.560	698
Eisen, fagonniert	14.099	48.660	1.224	410
Bleche und Platten	9.669	68.046	17.378	7.855
Stahl aller Art	2.179	3.011	23.060	2.079
Tires	2.280	3.448	83	83
Eisen- und Stahldraht	9.614	3.531	2.794	516
Sonstige Waaren aus Eisen	185.987	(+ 17.634)	81.353	10.867
Zusammen	817.095	1.839.975	261.977	106.310

Die Zunahme des Exportes um 68 Proc. trifft in erster Linie die Maschinen und von diesen namentlich die Lokomotiven, deren Ausfuhr nach der „Austria“ von 10.940 Centnern auf 35.145 Centner gestiegen sein soll. Auch bei den Blechen und Platten aus Eisen und Stahl und beim gefrischten, nicht fagonnierten Eisen stellt sich ein namhaftes Ueberwiegen der Ausfuhr über die Einfuhr heraus, was im Jahre 1873 nur bezüglich der Position „Stahl“ der Fall war.

Vermischtes.

○ Breslau, 29. Juni. [Bei Unwesenheit des Kronprinzen.] Auch der zweite Tag der Unwesenheit Sr. k. k. Hoheit war vom schönsten Wetter begünstigt, wenn es sich gegen Mittag ein ziemlich heftiger Wind aus Osten wehte. In den frühen Morgenstunden schon begann auf dem Palaisplatz ein eifriges Treiben, indem von der Rampe des königl. Schlosses der mit Blumen reich verzierte Altar zu dem abzuhaltenden Feldgottesdienste errichtet wurde. Gegen 10 Uhr wurde der Platz durch Militär-Kordon abgesperrt und um halb 11 Uhr rückte das Kürassier-Regiment auf den Paradeplatz, auf welchem sich das gesamte Offizierkorps und Deputationen sämtlicher hier garnisonirter Regimenter bereits eingefunden hatten. Das Kürtier-Regiment saß ab und bildete mit den übrigen anwesenden Truppen einen Halbkreis um den Altar, in welchen Sr. Kaiserl. Hoheit wenige Minuten nach halb 11 Uhr samt Gefolge eintrat. Das Musik-Corps des Kürtier-Regiments intonierte die Begeleitung zum 23. Psalm, während das Musik-Corps des 11. Infanterie-Regiments die Liturgie begleitete. Oberprediger von Reichenstein wies in seiner Rede auf die hohe Bedeutung des Tages für das Kürassier-Regiment hin und forderte dasselbe zu fernerer Treue für sein angestammtes Herrscherhaus auf. Eine Parade der Kürtier vor Sr. Kaiserl. Hoheit beschloß den feierlichen Akt. Die Veranda des königl. Schlosses war den Damen der Offiziere eingeräumt, während den Ständen aus die Landstände und deren Angehörige der kirchlichen Feier beihalten. Um 12 Uhr fuhr der Prinz nach dem Kaiserin-Augustaplatz um hier der Einweihung des Kriegerdenkmals beizuwohnen. Rechts und links desselben waren Tribünen errichtet, deren eine für die Damen der Magistrats- und Stadtverordneten etc., die andere für Deputationen von Schülern sämtlicher hiesigen höheren Lehranstalten bestimmt waren. Auf der Nordseite des Platzes der Promenade entlang hatte sich das Offizierkorps des breslauer Landwehrbataillons

gegen 300 Köpfe stark aufgestellt, während die Spiken sämtlicher Zivilbehörden, die eingeladenen Gäste, die Ritter des Eisernen Kreuzes und die Civil-Invaliden aus den Jahren 1864 bis 1871 am Fuße des Denkmals aufgestellt genommen hatten. Der Platz selbst war auf das Reichste mit Flaggenstangen und Kränzen geschmückt und die anstoßenden öffentlichen Gebäude der Gewerbeschule und die Realschule zum Zwinger in allen Fenstern von Zuschauern besetzt. Auf dem an dem Platz vorbeifließenden Oderstromen hielt die drei Dampfer „Bulsan“, „Neptun“ und „Germania“, deren Verdecke von vielen hundert Personen als Zuschauerraum benutzt wurden und hatten außerdem sich eine Menge kleinere Boote und Gondeln an den betreffenden Stellen vor Anker gelegt. Der Kronprinz erreichte um 12 Uhr, begleitet von der Generalität, beifügig zunächst das Denkmal selbst sehr eingehend und gab dem ausführenden Komite seine volle Zustimmung zu erkennen. — Der Bezirks-Kommandeur des Landwehr-Bataillons Breslau, Oberst-Lieutenant v. Donath, verlas hierauf die Stiftungs-Urkunde, Sr. Hoheit hat die üblichen drei Hammerschläge, welcher Akt durch drei von der nahen Ziegel-Bastion erlösende Kanonen-Schläge markirt wurde und demnach hielt der Militär-Ober-Prädiger v. Reichenstein eine ergreifende Ansprache, in welcher er den Opfermut der dahingetriebenen Krieger, denen zu Ehren das Denkmal errichtet worden ist, besonders hervorhob. — Der kommandirende General v. Tümpling brachte hierauf ein Hurra auf den Kaiser, der Oberbürgermeister v. Hoverbeck ein solches auf den hohen Gast aus, in welches die Anwesenden jubelnd drei Mal einstimmt. Dreißig Salutschüsse verkündeten der Stadt die Begehung der ersten Feier. — Nach der Übergabe des Denkmals an die Vertreter der Stadt unterhielt sich der Kronprinz noch eingehend mit allen anwesenden Civil-Invaliden, deren Privatverhältnisse, Pensionen, Verwundungen etc. er speziell von jedem mittheilen ließ. — Mehrfache Notizen, die er seinem Adjutanten in die Feder stieß, lassen sichließen, daß mancher Individuale eine weitere Berücksichtigung zu erwarten haben dürfte, die wir den armen meist arg zerstossenen Krüppeln von ganzem Herzen gönnen.

Nachmittags gegen 4 Uhr fuhr der Kronprinz nach der Kleinburger Reiterei-Kaserne, um an dem Diner des Offizierkorps des Leib-Kürassier-Regiments Theil zu nehmen; von dort kehrte derselbe gegen 7 Uhr zurück und begab sich zu dem im Schießwerder ihm von der Stadt gebotenen Gartenfeste. — Der an sich durch die Natur schon reich bedachte Schießwerdergarten war durch die Kunst noch nach Möglichkeit verfehlt und bot besonders der vor Kurzem renovirte große Saal mit seinen Blumen, Girlanden und Draperien einen prächtigen Anblick. Für den Kronprinzen und dessen Gefolge war im Saale selbst als auch im Garten ebenfalls Appartements mit eigenem Buffet errichtet, während zum allgemeinen Gebrauch im Saale selbst als auch im Garten ebenfalls verschiedene Büffets aufgestellt waren. — Einladungen hatten sämtliche Personen erhalten, welche ein städtisches Ehrenamt bekleideten, jeder hatte in Amtstracht resp. mit dem Amtsbzeichen versehen zu erscheinen. Von Militärpersönlichkeiten waren nur die Generäle und Stabsoffiziere geladen und hatte wiederrum jeder geladene Guest das Recht, eine Dame mitzubringen. — Die Herren hatten entweder in Uniform, Amtstracht oder im Frack mit weißer Binde, die Damen im Promenaden-Anzuge zu erscheinen. — Da die Gesellschaft zumeist aus älteren Herren bestand und diese selbstredend zum größten Theile ihre Ehegattin eingeführt hatten, so war die eigentliche weibliche Jugendhaar nicht allzusehr vertreten, dagegen ließen Toiletten und Frisuren der anwesenden Damen nichts zu wünschen übrig. Der Kronprinz erschien bald nach 7 Uhr und wurde am Eingange des Gartens von einer Deputation, an deren Spitze sich der Herr Oberbürgermeister befand, begrüßt und eingeführt. — Er bewegte sich in der freundlichsten Weise mit seiner bekannten Liebenswürdigkeit in der aus beinahe 3000 Menschen bestehenden Gesellschaft, ließ sich einen Theil derselben vorstellen und unterhielt sich mit Allen in der leutseligsten Weise. — Bei Eintritt der

National-Dampfschiffs-Compagnie. Nach Amerika-Stettin-Newyork. Jeden Mittwoch. 40 Thaler. Berlin, Französische Straße 28. Stettin, Grüne Schanze 1a.

Nordseebad Helgoland.

Die Eröffnung der Saison findet am 1. Juni statt, der Schluss derselben am 16. October.

Durch gänzlichen Umbau wurde das Badehaus sehr vergrößert und verschönert. Außer vollständigen Einrichtungen für alle Gattungen wärmer Bäder, sowie für Surz-, Douche-, Regen- und Sitzbäder ist ein großes Schwimmbecken neu daran gebaut, dessen Inhalt über 15.000 Kubikfuß füllt, mit einem fortwährend durchlaufenden Strom von frischem Seewasser direkt aus dem Meer hergeleitet; in Verbindung mit diesem Bassin steht das neue russische Dampfbad. In seinem Seebad Europas existiert eine solche Einrichtung.

In dem stillen, ruhigen Helgoland hat die Natur bekanntlich alle Eigenarten eines heilkraftigen Seebades vereinigt, welche einzeln schon als Vorzüglichkeit eines Badeortes am Meeresstrande gelten gemacht werden. Mit gleicher Sicherheit werden die Badeplätze für die stärkeren Fluth- wie für die schwächeren Ebbebäder benutzt; besonders aber durch die insularische Lage Helgolands, meilenweit vom Dünfkreis des Festlandes entfernt werden die spezifischen Eigenarten der Seeluft, welche den hauptsächlichsten Anteil an den heilkraftigen und umstimmenden Wirkungen der Kur haben, vollständig rein erhalten. Diese Eigentümlichkeit der Seeluft ist es auch, durch welche Helgoland als klimatischer Kurort sehr in Aufnahme gekommen ist und während frische Morgen und alle Gattungen Mineralwässer stets in der Landesapotheke zu haben sind, wird frische Kuhmilch Morgens und Abends im Badehaus abgegeben.

Interessante Abwechslungen sind den Kurgästen geboten durch das elegant eingerichtete Conversationshaus, durch vorzügliche Küche und Keller, die gewähltesten Zeitungen, durch Bälle, Concerte und ganz besonders durch das neue, schöne Theater, für welches von mehreren Hofbühnen ausgezeichnete Künstler engagiert wurden; durch Meersfahrten in Ruder- und Segelschiffen, Jagd, Fisch-, Hummer- und Austerfang, sowie durch die in ihrer Art wohl einzigen Felsengrotten-Erleuchtungen.

Während der Saison unterhalten zwei große, eiserne Seedampfschiffe, die schnellsten Schiffe auf der Elbe, welche auf das Comfortabelste durch große Salons, eigene Damen- und Privatkabinen eingerichtet sind, von Hamburg und in einem gleichem Schiff von Bremerhaven-Gestemünden aus eine regelmäßige Verbindung mit Helgoland, für welche die resp. Directionen dieser Schiffsfahrt die nachstehenden Fahrpläne festgestellt haben:

Bon Hamburg nach Helgoland fahren die beiden Räderdampfschiffe Cuxhaven und Hoboken in nächster Weise:

Cuxhaven

Capitän Röhrs,

der Hamburg-Amerikanischen Paketfahrt-Aktion-Gesellschaft gehörend.

Am Donnerstag, den 4. Juni.

Vom 15. Juni bis 13. Juli Montags und Donnerstags.

Vom 16. Juli bis 17. September Montags, Donnerstags und Sonnabends.

Vom 19. September bis 1. Oktober Montags und Donnerstags.

Erster am 8. und 15. October Donnerstags.

Das Schiff wird Cuxhaven anlaufen.

Abschafft von Hamburg Morgens 9 Uhr im Anschluß an den von Süden kommenden Bahnzug.

Bon Helgoland nach Hamburg zurück jeden folgenden Tag Morgens, doch niemals vor 7 Uhr früh.

Hoboken

Capitän Rüthnick,

ein ganz neues Schiff, der deutschen transatlantischen Dampfschiffahrts-Gesellschaft gehörend.

Am Freitag, den 5. und 12. Juni.

Vom 16. Juni bis 16. October jeden Dienstag und Freitag.

Abschafft von Hamburg Morgens 8 Uhr vom Schuppen der Gesellschaft am Grashof, im Anschluß der am selben Morgen eintreffenden Bahnzüge.

Das Schiff fährt direct, ohne Cuxhaven anzuhalten.

Bon Helgoland nach Hamburg zurück jeden folgenden Tag, doch niemals vor 7 Uhr früh.

Bon Bremerhaven-Gestemünden nach Helgoland fährt der Doppelschrauben-Dampfer.

Nordsee

Capitän Schulken,

dem Norddeutschen Lloyd gehörend.

Vom 23. Juni bis 4. Juli jeden Dienstag und Sonnabend.

Vom 7. Juli bis 5. September jeden Dienstag, Donnerstag und Sonnabend.

Vom 8. bis 26. September jeden Dienstag und Sonnabend.

Erster am Sonnabend, den 3. October.

Abschafft in der Geeste vor Gestemünden Morgens 9½ Uhr nach Ankunft des ersten Bahnzuges.

Bon Helgoland zurück jeden folgenden Tag, jedoch Sonntags bei Helgoland verweilend.

Durch das neue Telegraphenkabel, schon seit vergangenem Sommer in Thätigkeit, ist Helgoland in das allgemeine Europäische Telegraphennetz aufgenommen worden.

Bestellungen auf Logis übernimmt die unterzeichnete Direction, während die Badeärzte, der Landesphysicus Herr Geh. Rath Dr. v. Aschen und Herr Dr. Zimmermann auf ärztliche Anfragen Auskunft ertheilen.

Helgoland, März 1874. (H. 01578.)

Die Direction des Seebades.

Leim

von garantierter bedeutender Bindekraft, braun von Farbe, zu Thlr. 11 bis 18 per 50 Kilo netto von einer Leimfabrik abzugeben. Muster stehen zu Diensten. Näheres unter N. 411 durch die Annoucen-Expedition von G. & Co. in Limburg a. d. Lahn.

Loose

zur Bromberger Pferde-Lotterie, derenziehung Anfang September stattfindet, sind à 10 Sgr. in der Expedition der Posener Zeitung zu haben.

Wiederverkäufer erhalten Rabatt.

Pr. Lott.-Loose 1. Kl. Orig. 4 Thlr. ½ 2 Thlr. 1 Thlr. ½ 1 Thlr. ½ 1 Thlr. vorzend. b. 1. u. älteste Lott.-Compt. von Scherec. Berlin Breitestrasse 10.

Breitestr. 14 sind 2 freundlich mögl. Zimmer zusammen resp. getrennt, sofort zu vermieten.

Ostrowo im Juni 1874.
Nachdem ich den Betrieb meiner Tabakfabrik vergrößert, werden alle Aufträge pünktlich effektuiert. Die nun zurückgegangenen Rohtabakpreise ermöglichen mir eine entsprechende Preisminderung meiner Schnupftabakfabrik. Holländischer Schnupftabak in seiner kräftigeren Ware wie diese seit 20 Jahren von mir in anerkannt reeller Ware geliefert worden und in der Provinz sehr beliebt geworden ist, erlässt ich jetzt mit 15 Thaler per Centner. Bei Quantitäten unter 20 Pfund wird das Pfund mit 5 Sgr. berechnet. Fässer und Embalagen werden nicht berechnet. Unbekannten Abnehmern bitte ich den Aufträgen den Betrag beizufügen oder Postnachahme zu gestatten.

Herrmann Jacobssohns,
Tabakfabrik in Ostrowo.

Verlobungs-Strauß

Internationales Organ für Haus und Familie.

Erscheint jeden Sonnabend.

Man abonnirt bei allen Postanstalten pr. Quart. für 18½ Sgr., der Haupt-Expedition (Paul Bechold's Verlag) Dresden, Pirnaische Straße 21, gegen Francenzuführung unter Kreuzband für 20 Sgr., in verschlossenem Cover (umfaßlich) für 1 Thlr. 12½ Sgr.

Heirathaltigsten Damen wie Herren bietet dieses Blatt zugleich die günstigste Gelegenheit, sich ohne Vermittelung direkt und discret standesgemäß zu vermählen.

Pr. Lotterie I. Klasse 8. und 9. Juli. Hierzu versendet Auftheilung: 1 4 Thlr., 2 2 Thlr., 1 Thlr., ½ 15 Sgr. **H. Goldberg,** Lotterie-Kontoir, Neue Friedrichstr. 71 Berlin.

Ein l. möbl. 3. d. verm. sep. Eing. Königstr. 18, 2 T. links Volksgarten.

Wohnungen mietet und vermietet

M. Braun, Kommissionairin, Markt 43, 3 Treppen.

Wilhelmsstr. 16, 3 Tr., ist ein gut möbl. Zimmer mit Schlaflabst. zu v.

Halbdorfstr. 9, 1 Tr., 1 möbl. St. für 8 Thlr. u. eine andere für 5 Thlr.

Gr. Gerberstr. 6 ist ein Restaurations- und Schanklokal nebst angrenzender Wohnung vom 1. Oktober ab und außerdem Wohnungen zum 1. Juli zu verm. Näh. b. Wirth 1 Treppe.

Bergstraße Nr. 4 ist die herrschaftliche Wohnung in der 1. Etage, bestehend aus 7 Zimmern, Küche und Zubehör vom 1. Juli oder 1. Oktober d. J. zu vermieten.

Thorstr. Nr. 12. Part.-Wohnung 3 Zimmer, Küche nebst Zubehör vom 1. Okt. ab zu verm. Näheres g. Linemann, Wilhelmstr. 18.

4 Stuben u. Zub. im 2. Stock, 3 Stuben im 1. Stock, Fenster nach dem Hofe; ein Kellerlokal, jetzt Barbergeschäft, ein Pferdestall sind Gr. Ritterstraße 9 zu vermieten. Näheres bei

Dr. Samter, Schützenstr. 2.

Die von dem Herrn Generalarzt

Dr. Chalons, Friedrichstraße 23, zweite Etage, benutzte Wohnung, ist vom 1. Oktober, unter Umständen auch schon vom 1. August er. ab anderweit zu vermieten.

Ein fein möbl. Zimmer sofort zu vermieten Bäckerstraße 20 parterre.

Ein eleg. Garçon-Wohnung von 2 bis 3 Zimmern, mit auch ohne Möbel, Bäckerstr. 18, 1. Etage, zu vermieten.

Schulstr. 12 ist das Smacz'sche Schanklokal zum Oktober zu vermieten.

St. Martin 13, ein großer Laden mit Wohnung, und Wohnungen von 115—250 Thlr. von Oktober zu verm.

Eine herrschaftl. Wohnung v. 6—7 Zimmern, Küche u. Zubehör, ev. auch Stallung, vom 1. Oktober Bäckerstr. 18 zu vermieten.

Ein Laden in Schausfenster sowie mehrere herrschaftl. Mittel- u. kleine Wohnungen im neuverbaute Hause St. Martin 2 vom 1. Oktober oder früher ab zu vermieten. Näheres Bäckerstr. 18.

Den geehrten Herrschaften und Domestiken die ergebene Anzeige, daß ich nach Halbdorfstraße 32 verzogen bin, und werde alle in mein Fach einschlagende Bestellungen mein erfüllen. Zugleich empfehle ich eine tüchtige Kellnerin.

A. Szulczevskia, Miethsfrau.

Ein Knabe findet Beschäftigung bei

G. Wechsel, Photograph.

Ein ordentlicher Laufbursche kan-

sich melden Neuerfrage bei

G. Korach.

Verein für Geselligkeit.

Am Mittwoch, den 1. Juli Nachmittag 5 Uhr

Konzert mit großem Orchester

im Feldschlossgarten,

welcher dem Verein zur ausschließlichen Benutzung reservirt ist. Bei ungünstiger Witterung im Saale. Von 9 Uhr ab ist für Fahrgäste nach der Stadt gesorgt.

Konzert-Programm.

- 1) Ouverture zur Oper "Ludovika"
- 2) Duett und Finale des vierten Aktes aus der Oper: "Die Hugenotten"
- 3) Gavotte: Fantasie über Themen aus der Oper "Margarethe"
- 4) Ouverture zur Oper "Tannhäuser"
- 5) Priestermarsch aus "Athalie"
- 6) Ouverture zur Oper "Die Zauberflöte"
- 7) Sinfonie C-moll (Nr. 5)
- 8) Nachruf an C. M. von Weber
- 9) Klarinetten, Walzer
- 10) Abendständchen
- 11) Angot-Quadrille
- 12) Kriegsraten-Potpourri

Cherubini.

Meyerbeer.

Gounod.

R. Wagner.

Mendelssohn.

Mozart.

Beethoven.

G. Bach.

Strauß.

Herrfurth.

Strauß.

Conradi.

Der Vorstand.

Freitag, den 3. Juli.

Abends 7 Uhr, im Hotel de Saxe:

Fortsetzung der General-Versammlung des Beamten-Spar- und Hülfes-Rassen-Vereins vom 27. Juni c.

Tagesordnung:

- 1) Referat der 14er Kommission über den ihr ertheilten Auftrag.
- 2) Verabschiedung der §§ 7 und 8 der Statuten.
- 3) Berathung über den Antrag wegen Verwahrung der Vorstandsmitglieder.

Der Vorstand.

Familien-Nachrichten.

Die Verlobung unserer Tochter Jenny mit dem Kaufmann Herrn S. Scherec von hier beehren wir uns allen Freunden und Bekannten statt jeder besonderen Meldung hierauf ergebnist anzuseigen.

S. Diamant und Frau.

Die Verlobung unserer jüngsten Tochter Marianne mit dem Kaufmann Herrn Adolph Kleczewer beehren wir uns ergebnist anzuseigen. Salomon Pfeffer und Frau Breslau, den 30. Juni 1874.

Gestern Abend 11½ Uhr wurden wir durch die Geburt eines kräftigen Jungen hoch erfreut.

Dies Freunden und Bekannten statt jeder besondere Anzeige.

Niemierzewo, den 27. Juni 1874.

W. Scholtz und Frau.

Die am 24. d. Mts. glücklich erfolgte Entbindung meiner lieben Frau Valaska, geb. Graßmann, von einem gesunden Mädchen zeige ich hiermit an.

Prochnowo, den 27. Juni 1874.

Haupt. Hauptmann im Nebenamt des Generalstabes.

Saison-Theater in Posen.

Dienstag, den 30. Juni:

Wein-Leopold!

<p